

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 180 SONNTAG, 22. Nov. 1936

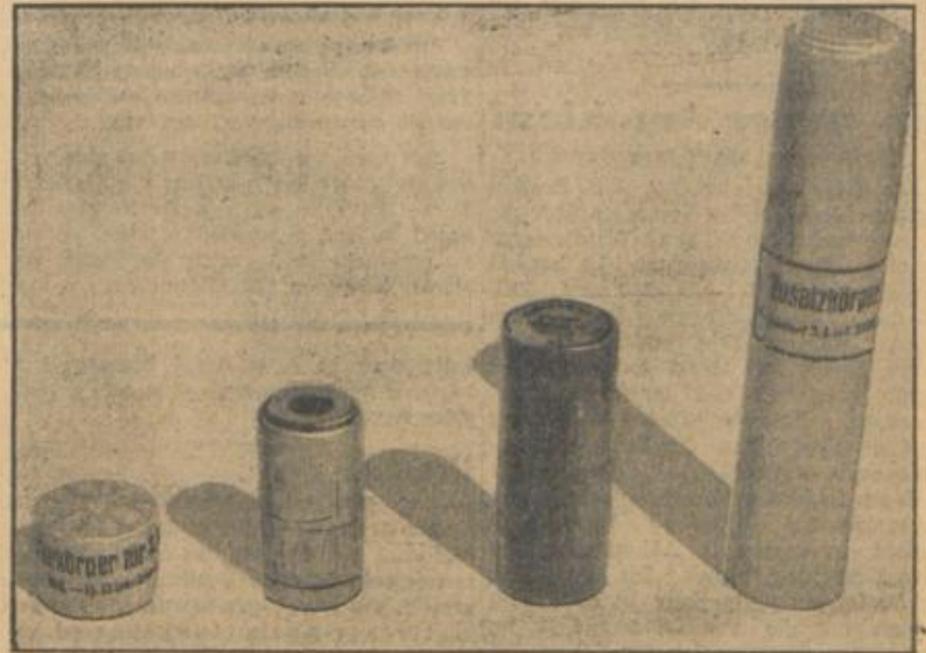
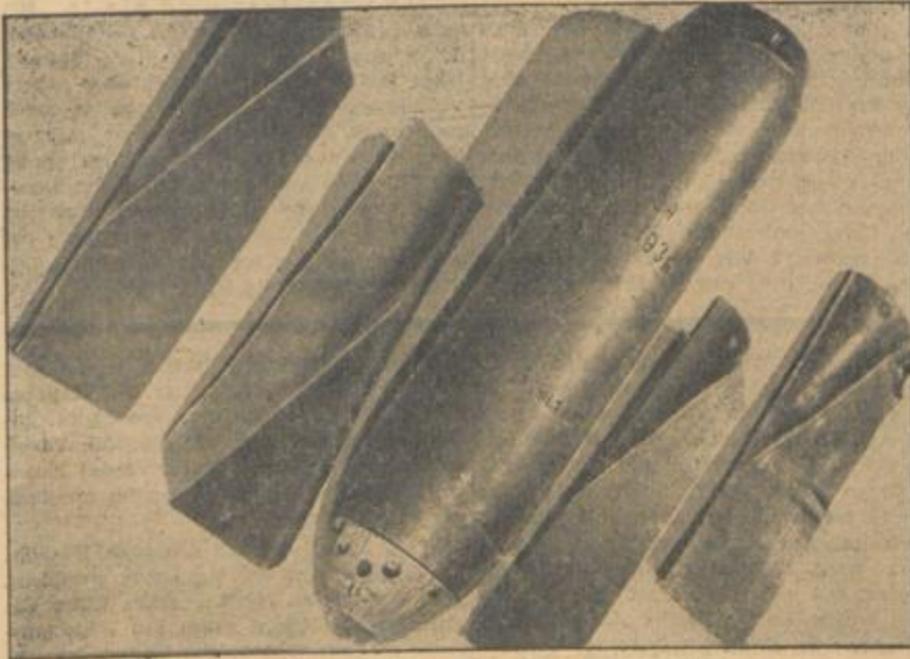
Aus dem Inhalt:

Fünf brutale Lohndekrete
Deutschland und Italien
Wer hat das Gold gestohlen?
>Volk ohne Geist<

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Zeugnisse des braunen Verbrechens

Deutsche Bomben zerfetzen hunderte von Frauen und Mädchen



Am 6. und 7. November führten die Bombenflugzeuge der spanischen Rebellen einen Luftangriff auf Madrid durch. In geringer Höhe fliegend, wählten die Flieger sich sorgsam ihre Ziele aus. Sie warfen mit voller Absicht ihre Bomben auf Märkte, auf denen Frauen einkauften, wie auf Plätze, auf denen Kinder spielten. Hunderte von Frauen und Kindern sind diesem Angriff zum Opfer gefallen. Es liegen uns Photographien von erbarmungswürdig zerfetzten Frauen und kleinen Kindern vor — aber auch Photographien von einer nichtexplodierten Fliegerbombe, die nach der Auffindung zerlegt worden ist. Es ist eine deutsche Fliegerbombe. Sie trägt das Herstellungsdatum: Juli 1936. Auf den Einzelteilen liest man: »Füllkörper für S.« und »Zusatzkörper. Reinsdorf, 3. Lief. 1936.« Dafür werden die deutschen Arbeiter zum Schuftentum in Rüstungsbetrieben gezwungen, dafür muß das deutsche Volk hungern!

Geisel und Geisel . . .

Die Edelmenschen des Dritten Reichs sind wieder einmal ganz Schmerz und flammende Entrüstung wegen angeblicher Geiselnahmen durch die Volksfront-Milizen in Spanien. (Ueber die Massenerschießungen von linken Arbeitern in Bajadoz, im Bergwerksgebiet des Rio Tinto usw. hat die gleichgeschaltete Presse bisher in allen Tonarten geschwiegen.) Aber plötzlich ist man sich im Dritten Reich über die Verwerflichkeit der Geiselnahme so klar, daß die »Frankfurter Zeitung« aufseufzen darf:

Überall, wo der Begriff Menschlichkeit nicht zum Spottwort herabgesunken ist, wird man Verachtung und Ekel für die Männer empfinden, welche die Sache ihres Kampfes mit der gemeinen Rache an Wehrlosen für ewig besudelt haben . . . Es gibt keine politische Ueberlegung, die solches Verhalten rechtfertigen könnte . . .

So, so! Wie vergeblich doch Menschen sein können. Es ist etwas über drei Jahre her, da meldete die gleiche »Frankfurter Zeitung« unter dem 14. Juli 1933 folgendes:

Das geheime Staatspolizeiamt hat fünf nahe Verwandte des Sozialdemokraten Philipp Scheidemann (der sich selbst im Auslande aufhält) in Schutzhaft genommen und in ein Konzentrationslager überführt. Diese Maßnahme ist erfolgt mit Rücksicht auf Zeitungsartikel, die Scheidemann gegen Deutschland (natürlich nicht gegen Deutschland, sondern gegen die braune Barbarei) (Red. d. N. V.) geschrieben hat. Der besondere Anlaß zu diesem scharfen Vorgehen gegen die in Deutschland lebenden Anverwandten Scheidemanns war ein vor einigen Tagen in der »New-York-Times« erschienener Aufsatz, der schwerste Beschimpfungen gegen den Reichsminister und die Reichsregierung enthielt. Die Festnahme und Ueberführung in das Konzentrationslager, ist, so wird von zuständiger Seite betont, als einen Akt der Staatsnotwehr zu betrachten und als eine Warnung vor der Wieder-

holung ähnlicher verleumderischer Angriffe gegen das deutsche Ansehen.

Und damals — nicht wahr? — fügte die »Frankfurter Zeitung« auch aus eigenem hinzu: »Es gibt keine politische Ueberlegung, die solches Verhalten rechtfertigen könnte. Ueberall, wo der Begriff Menschlichkeit nicht zum Spottwort herabgesunken ist, wird man Verachtung und Ekel für die Männer empfinden, welche die Sache ihres Kampfes mit der gemeinen Rache an Wehrlosen für ewig besudelt haben . . .« — Schrieb sie so? — Kein Wörtchen des Protestes wagte sie vorzubringen. Und damals wütete kein Bürgerkrieg in Deutschland wie jetzt in Spanien. Woher nimmt sie jetzt das sittliche Recht für die flammende moralische Entrüstung?!

Deutsche in Sowjetrußland verhaftet

In Sowjetrußland ist eine größere Anzahl von Deutschen verhaftet worden; man beschuldigt sie, Spionage getrieben und sich auch sonst staatsfeindlich betätigt zu haben. Die Hitlerregierung entfaltet gegen diese Verhaftungen eine überaus lärmende Aktivität, offenbar um zu zeigen, daß die Deutschen im Ausland heute doch ganz anders »geschützt« seien als in den Zeiten der »Systemregierung«.

Nun ist aber der Deutsche — sehr im Gegensatz zu einst — jetzt überall freier und sicherer als zu Hause; die Gefahr, als angeblicher Landesverräter geköpft oder als Staatsfeind eingekerkert zu werden, ist gerade dort für ihn am größten. Auch in Sowjetrußland ist er heute im allgemeinen besser aufgehoben als daheim.

Wenn jetzt Deutsche in Sowjetrußland in Gefahr gekommen sind, so danken sie das in erster Linie der Hitlerregierung selbst, die durch ihre Art die Auslandsdeutschen zu

ihren Zwecken zu organisieren, und durch ihre aberwitzige Bolschewistenhetze Argwohn und Mißtrauen gegen alles, was deutsch ist, geradezu erzwingt. Schließlich wird auch die Hitlerregierung durch eine weitere Verstärkung der Antisowjetpropaganda den Verhafteten sehr wenig nützen können; viel nützlicher für sie wäre ein normales und freundschaftliches Verhältnis zwischen Deutschland und Sowjetrußland, wie es früher bestanden hat. Die Hitlerregierung hat die Lage, in der sich die Verhafteten befinden, selber verschuldet. Wenn sie sich jetzt mit großartiger Pose als ihr Schützer und Retter aufspielt, so ist das Theater und sonst nichts!

Geschmoke um den Mangel

»Den Appell des Reichsnährstandes, Hausfrauen, Gaststätten und Kantinen möchten sich die reichliche deutsche Ernte an Kohlgemüse zunutze machen, kann man als das Muster einer positiven Speisetzettel-Politik bezeichnen. Wir haben es hier mit einer Form zwangloser öffentlicher Verbrauchslenkung zu tun, die den Erfordernissen der gegenwärtigen Außenhandelsbeengung ebenso gerecht wird, wie sie die Interessen der Gemülsbauern mit den budgetären und ernährungsphysiologischen Interessen der Konsumenten verbindet.«

So die »Frankfurter Zeitung« vom 8. November. Ihre tiefgründige »Speisetzettel-Politik« ist allerdings schon von gewissen wilden Volksstämmen in Australien vorgeahnt worden, die bei Hungersnot Gras fressen und Baumrinde kauen. Allerdings haben die armen, unwissenden Wilden keine Ahnung davon, daß sie mit solchem Tun den »Erfordernissen ihrer Außenhandelsbeengung« ebenso gerecht werden wie ihren »budgetären und ernährungsphysiologischen Interessen«. Die Wilden sind zwar bessere, die Hitlerdeutschen aber entschieden gelehrtere Menschen!

Sie nennen sie »Abessinier«!

Schlagworte sind Blitzlichter. Sie blenden, erhellen und entstellen. Manchmal leuchten sie auch dem, der sie braucht, ins Gesicht.

Die spanischen Rebellen — die »Times« berichten es — nennen die Freiheitskämpfer, die sich ihnen entgegenstellen, verächtlich »die Abessinier«. Damit bekennen sie, daß sie in Spanien mit demselben Recht hausen, mit dem Mussolini in Abessinien eingebrochen ist: mit dem Recht der Gewalt. Sie geben ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß Kanonen stärker sind als Verfassungsartikel, Tanks wirksamer als die Sympathien der zivilisierten Welt. Sie verkünden ihren Willen, Spanien als Kolonie zu behandeln und als Eroberer der unterjochten Bevölkerung entgegenzutreten. Sie sehen dabei freilich darüber hinweg, daß Mussolini mit Europäern nach Afrika ging, während sie selber mit Afrikanern nach Europa kommen. Und sie werfen sich etwas voreilig in die Siegerbrust, so daß sie mit ihrem Schlagwort wohl die eigene Gesinnung trefflich charakterisieren, nicht aber die von ihnen unterschätzten Kräfte und Fähigkeiten ihrer tapferen und ehrenhaften Gegner.

In anderer Beziehung wiederum erhellt das Wort von den »Abessiniern« die Situation blitzartig. Ja, für Europa ist dieses blutende Spanien von heute ein zweites ungleich wertvolleres und ungleich bedeutsameres Abessinien. Das tragische Ende des äthiopischen Reiches war für die europäische Demokratie eine ebenso klägliche Niederlage wie für den italienischen Faschismus ein glänzender Triumph. Ein Sieg Francos in Spanien würde noch viel weiter reichende und schwerer wiegende

Wirkungen zur Folge haben. Denn ein endgültiger Sieg Francos über Caballero wäre zugleich ein Sieg Mussolinis über Baldwin und Hitlers über Blum.

Im Falle Abessinien hat sich der Völkerbund als eine Maschinerie erwiesen, die den Rechtsbrecher schützt. Im Fall Spanien scheint dem Nichtinterventionsausschuß eine ähnliche Funktion zuzufallen, er wirkt als Sperrmauer gegen Valencia, für Burgos aber ist er ein Wandschirm, hinter dem sich die deutsch-italienische Einmischung ungestört vollzieht. In demselben Artikel, in dem sie das verräterische Rebellenwort von den Abessinern enthüllen, berichten die »Times« von deutschen und italienischen Instruktionsoffizieren an der Rebellenfront und von Festen, auf denen Deutschland und Italien offen als Verbündete gefeiert werden. Trotz der Gefahr, die mit einer solchen Entwicklung unlegbar verbunden wäre, muß man wünschen, daß die spanischen Freiheitskämpfer England und Frankreich gegenüber gleichen Grund zur Dankbarkeit hätten. Schließlich ist auch dem Frieden nicht damit gedient, daß der jetzt leidende Teil der Welt ein Abessinien nach dem anderen über sich ergehen läßt. Heute noch könnte entschlossenes Auftreten dem Schrecken ein Ende bereiten, morgen gibt es nur noch das Ende mit Schrecken.

Ein neuer Amoklauf

Wochenende mit Vertragsbruch

Die Hitlerregierung hat die Bestimmungen des Versailler Vertrages über die Internationalisierung von Wasserwegen einseitig außer Kraft gesetzt. Es handelt sich um die Artikel 331—362 und 380—386 des Friedensvertrages. Durch diese Artikel wurden Elbe, Oder, Njemen, Donau, Rhein und Mosel internationalen Regeln unterstellt und der Kieler Kanal zu einem allgemein offenen Wasserweg nach den Vorbildern des Suez- und Panamakanals erklärt.

Jeder friedliche Verkehr zwischen den Anliegerstaaten großer Wasserwege schließt internationale Abkommen über deren Benutzung in sich. Die Zerreißung der Vertragsbestimmungen bedeutet, daß Deutschland die volle Souveränität im rigorosesten Sinne zurücknimmt und die Verkehrsverhältnisse auf diesen Wasserwegen Einschränkungen unterwerfen will, die für die Zwecke der totalen Kriegswirtschaft und Kriegsvorbereitung zweckmäßig erscheinen. Insofern ist diese neue Vertragsverletzung ein Glied in der Kette der deutschen Kriegsvorbereitungen.

Für handels- und wirtschaftspolitische Zwecke war eine Verständigung in vollem Gange. Zwischen Frankreich und Deutschland war ein Abkommen über den Verkehr auf dem Rhein getroffen worden, das alle deutschen Wünsche voll erfüllt hat. Dies Abkommen sollte am 1. Januar 1937 in Kraft treten. Die Hitlerregierung hat es vorgezogen, ihren gewalttätigen Charakter und ihre Mißachtung vor internationalen Verträgen auch an diesem Abkommen zu erweisen.

Wie üblich, ist dieser neue Vertragsbruch an einem Sonnabend verkündet worden. Die Wirkung ist die gewohnte: Hinnahe des Vertragsbruches durch die Betroffenen unter Protest. Indessen ist allmählich ein Zustand erreicht, wo jede derartige Hinnahe eines deutschen Vertragsbruches einen Scherben mehr auf den allgemeinen Haufen internationaler Verurteilung gegen Deutschland wirft.

Das Dritte Reich läuft in jeder internationalen Frage — gleichgültig welches Gewicht sie hat — auch gegen die Interessen des deutschen Volkes.

Ossietzky freigelassen

Die Gestapo hat den pazifistischen Schriftsteller Carl von Ossietzky nach mehr als dreieinhalbjähriger Schutzhaft entlassen. Ossietzky ist ein todkranker Mann. Sein Aufenthalt in Deutschland wird nicht bekanntgegeben, seine Befreiung bedeutet also nur, daß er in einem anderen Grad der Freiheitsbeschränkung versetzt worden ist. Ossietzky ist ein Märtyrer seiner pazifistischen Ueberzeugung.

Wir warnen jedermann, in diesem Schritt des Systems ein Zeichen beginnender Humanisierung zu sehen! Zu vielen Tausenden schmachten die Märtyrer freihäftlicher und sozialistischer Ueberzeugung in den Konzentrationslagern, in Massenprozessen werden Sozialdemokraten zu inödrischen Zuchthausstrafen verurteilt. An den Methoden der Folterung durch die Gestapo hat sich nichts geändert. Das System, das eben erst den

Kirchenaustritte wie auf Kommando

Die Hitler-Prominenz sabotiert die Waffenruhe im Kulturkampf

In demonstrativer Form mehrten sich jetzt die in jedem einzelnen Falle öffentlich mitgeteilten Kirchenaustritte höchster nationalsozialistischer Mandarine, so daß man schon in der Sprache des Pferdesportberichterstaters das Ganze am besten unter dem Sammelbegriff: »Ferner liefen...« (zum Amtsgericht nämlich, wo man sich das urkundlich bestätigen lassen kann) zusammenfassen könnte. Nachdem der »Reichsführer der SS«, Himmler, kürzlich die katholische Kirche für sich persönlich verabschiedet hat, seiner Polizei nahelegend, das gleiche zu tun, ist jetzt:

der Streicher ebenfalls aus dem römisch-katholischen Kataster gestrichen worden und er hat das in einer Massenversammlung in Köln dem Jubel der Gleichgesinnten preisgegeben.

der Lutze, Stabschef der SA und Amtserbe des längst vermodernden Röhm, aus der protestantischen Kirche offiziell in die »Deutsche Glaubensbewegung« Hauerscher Prägung abgewandert,

der Mutschmann, sächsischer Reichstatthalter, ebenfalls mit seiner lutherischen Väter Glauben gerichtsamtlich als verfallen und als ausgeschieden erklärt worden.

Das kann unmöglich ein Zufall sein, daß sich im Staate des »positiven Christentums« Marke Hitler ein und dasselbe Ereignis so häuft! Es sind ja gerade die Leute, die auf die praktische Exekution des einmal zur Macht gelangten Nationalsozialismus den

allergrößten persönlichen Einfluß genommen haben — im Amts- oder Parteieigenschaft — welche diese Demonstration vornehmen. Und sie alle haben das Demonstrative ihres Tuns in jedem einzelnen Falle noch dadurch unterstrichen, daß sie es der Öffentlichkeit in aller Form mitgeteilt haben. Was soll das bedeuten?

Keiner von ihnen ist ja ein Geistiger, der eben auch mit dem Geiste zu ringen hat und dem religiöse Ueberzeugungen, zu denen er sich zwischen Tradition und Erkenntnis, Pietät und Philosophie hat durcharbeiten und durchkämpfen müssen, auch zur Norm des ehrlichen privaten Verhaltens werden müssen. Sie sind alle keine Münzschmied-Schwarmgeister; und das mit der Kirche war ihnen allen sicher nie mehr, als eben die konventionelle Sache des kleinen Bürgers. So darf man auch den Grund für diese ihre Demonstration nicht im Metaphysischen suchen. Aber dafür ist der politische Hintergrund der Erscheinung sicherlich nicht ohne einen gewissen Reiz.

Es ist kein Geheimnis, daß den alten »Ordnungsmächtern« in Deutschland, nicht zuletzt der Armee und den Generalen, aber auch den hohen Bürokraten (wie preußisch-unvoreingenommen sie auch für sich persönlich in kirchlichen Dingen immer denken mögen) dieser ganze Kulturkampf-Lärm ein ungeheuerlicher Greuel war. Wie kann man einen Krieg »ordentlich« führen ohne den Divisionspfarrer? Wie die Steuerzahler bei Räten halten, ohne daß sie sich die Predig-

ten der Geistlichkeit wenigstens hin und wieder anhören? Sie haben darauf gedrängt, daß Hitler dem schnöden »Kulturkampf« möglichst ein unauffälliges Ende bereitet. Das ist auch, so gut es ging, das heißt: soweit der »Führer« überhaupt Macht über die Geister hat, die er selbst beschworen, geschahen. Ohne Zweifel ist im lutherischen wie im katholischen Sektor so etwas wie ein »ruhiger Stellungskrieg« in der letzten Zeit über Nacht entstanden, wobei einzelne explosive Ereignisse, dem Charakter des Nationalsozialismus angemessen, immer noch frei bleiben. Aber gerade dagegen remonstrieren nun die Männer mit den besonderen nationalsozialistischen Meriten! Nicht so sehr auf eine Precision gegen die »Pfaffen« mag es ihnen ankommen, als auf eine unmißverständliche Geste gegen die »meinen Leute«, die jenen die Stange halten dürfen und die nach vier Jahren nationalsozialistischer Herrlichkeit und Selbstbewehrung des Führers ebenso wie seiner Trabanten — im Grunde heute mächtiger sind als je. Mit ihren Kirchenaustritten wollen die Himmler, die Streicher, die Lutze und die Mutschmann nur gegen die langsame, aber sichere Verlagerung der Macht im Dritten Reich protestieren, die sie selbst mehr und mehr zu entsaften droht. Und insofern allerdings ist das Phänomen mehr als ein übliches nationalsozialistisches Spektakelstückchen; es zerleitet ein wenig, aber doch auch verräterisch genug, den Vorhang vor der gesamten politischen Perspektive des Hitler-Staates.

kaltblütigen Mord an André begangen hat, ist ferne von jeder menschlichen oder anständigen Regung.

Proteste der polnischen Minderheit

Aus Beuthen OS. wird uns berichtet: Auf einer Tagung der polnischen Minderheitsorganisationen in Beuthen wurde festgestellt, daß seit einigen Wochen ein systematischer Ausrottungskampf gegen die Minderheit aufgenommen worden ist, der sich der offenen Unterstützung amtlicher Stellen erfreut. Abgesehen davon, daß in den Mitgliederversammlungen des Bundes deutscher Osten eine Hetzkampagne gegen die polnische Minderheit und gegen Polen selbst betrieben wird, geht man jetzt dazu über, die Bevölkerung aufzufordern, sich nur der deutschen Sprache zu bedienen, wer fremde Sprachen gebraucht (gemeint ist das Polnische), ist ein Staatsfeind. Auf der Abwehrgrube in Klausberg bei Hindenburg hat man sogar eine Tafel angebracht, daß man nur deutsch sprechen solle, die aber bald entfernt wurde. Auf der Tagung der polnischen Minderheit wurde nun festgestellt, daß man sie kommunistischer Umrtriebe verdächtige, einigen Mitgliedern ist unter diesem Verdacht die Staatsbürgerschaft abgesprochen worden. Tatsächlich sind von einigen polnischen Minderheitsangehörigen bei der Gemischten Kommission des Präsidenten Calonder Beschwerden eingereicht worden, weil den Beschwerdeführern die deutsche Staatsbürgerschaft entzogen wurde. Es wurde auf der Tagung hervorgehoben, daß, wer sich zur polnischen Minderheit bekennt, den Arbeitsplatz verliert, was naturgemäß wachsende Sorge innerhalb der Minderheit hervorruft, gar nicht davon zu reden, daß es noch möglich wäre, die Kinder in die polnischen Schulen zu schicken. Bei der Besprechung der Ernährungsschwierigkeiten kam es zu lebhaften Protesten, wobei die Verbandsleitung ersucht wurde, bei der polnischen Regierung vorstellig zu werden, daß diese sich der Notlage der polnischen Minderheit in Deutsch-Oberschlesien annehme. Unterdrückung der polnischen Minderheitsorganisationen sei auf der Tagesordnung, man treibt ihnen bei Veranstaltungen Vereinslokale ab, bedroht offen die Mitgliedschaft und empfiehlt ihnen Auswanderung nach Polen, wenn es ihnen nicht mehr in Deutschland gefalle. Obwohl polnische Gewerkschaften bestehen, werden deren Mitglieder zwangsweise in die Arbeitsfront aufgenommen, und wer sich weigert, dort Beiträge zu zahlen, dem gibt man zu verstehen, daß er damit das Recht auf den Arbeitsplatz verliert. Besondere Klage wird aber darüber geführt, daß man jetzt polnischen Gottesdienst in den Kirchen verweigert, mit der Begründung, es gebe ja in Oberschlesien keine Polen.

Diese Vorgänge finden in der polnischen Presse ein lebhaftes Echo, wobei auf die polnisch-deutsche Freundschaft Bezug ge-

nommen wird. Während sich angeblich die nationalsozialistischen Organisationen in Polen in bester Blüte befinden, versuche man in Deutsch-Oberschlesien, alles auszurotten, was sich zum Potentium bekennt. In den letzten Tagen hat die gegenseitige Polemik schon Formen angenommen, als wenn bereits der Bruch zwischen Berlin und Warschau vollzogen wäre. Hierbei sei besonders hervorzuheben, daß gerade das Blatt des schlesischen Wojewoden Dr. Grazynski, die »Polska Zachodnia«, an den reichsdeutschen Verhältnissen eine überaus heftige Kritik übt und die deutschen Stellen beschuldigt, den Ausrottungskampf gegen das Potentium zu dulden und faktisch zu unterstützen.

Monster-Prozeß gegen katholische »Hochverräter«

Es rast der Volksgerichtshof und will sein Opfer haben.

Nach amtlicher Mitteilung des Düsseldorf-Polizeipräsidenten in den Zeitungen beginnt demnächst vor dem berühmten »Volksgerichtshof« des Dritten Reiches, in dem der schon einmal zum Tode am 30. Juni verurteilte, dann zu Kaszt begnadigte, frühere Kapitänleutnant und sächsische Ministerpräsident von Killinger als Beisitzer fungiert, ein großer Prozeß gegen mehrere katholische Jugendführer aus dem Rheinland, vor allem den Kaplan Dr. Ros-saint und den Kaplan Krämer. Sie sitzen als Hauptangeklagte schon seit länger denn zwölf Monaten im Untersuchungsgefängnis zu Moabit. Gewissermaßen als Neben-Angeklagter ist auch der Generalsekretär der katholischen Jugendvereine aus der früheren Düsseldorf-Zentrale, der Präses Jakob Clemens mit in den Prozeß einbezogen. Da die Anklage auf Hochverrat und Versuch des Anschlages gegen die Sicherheit des Staates lautet und da in der offiziellen Beschuldigung des Anklägers auch die Behauptung vertreten wird, daß diese katholischen »Untermenschen« auch das Bündnis mit kommunistischen Parteigängern nicht geschaut hätten, um den Sturz des Regimes herbeizuführen — eine Behauptung, der gerade von katholischer Seite immer mit besonderem Nachdruck als direkt verleumdend zurückgewiesen worden ist — so kann das Ergebnis kaum zweifelhaft sein; es wird Zuchthausurteile hageln.

Es wäre übrigens nicht das erstmal, daß mindestens versucht wird, die Guillotinen-Maschinerie des »Volksgerichtshofes« gegen prominente Persönlichkeiten des früheren »politischen Katholizismus« in Anspruch zu nehmen. Nur mit knapper Mühe gelang es vor einem halben Jahr, den Prälat Dr. Bannasch, den Verwaltungsoffizial beim Berliner Bischofssitz, aus der Anklageerhebung beim Volksgericht, die bereits Gßbels triumphierend den »alten Kämpfern« so gut wie zugesagt hatte, wieder loszulösen. Es bedurfte damals sogar eines unmittelbaren diplomatischen Einschreitens der Kurie als anerkannter souveräner Macht beim Außenminister

Neurath. Bannasch war damals der von ihm eingerichtete Kurierdienst zu den einzelnen deutschen Episkopaten zum Verhängnis geworden, der auch über die schnöden Vergewaltigungen berichtet hatte, denen katholische Gläubige und Einrichtungen allenthalben zum Opfer fielen.

Zwar haben sich die deutschen Bischöfe, den besseren Teil der Tapferkeit erwählend, jetzt Schulter an Schulter neben Hitler im gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus aufgestellt. Aber das hindert den großen Alliierten, wie man sieht, keineswegs, auch ihnen den Stiefel sehr heftig auf die Zehen zu setzen. Dieses Photo zum sogenannten »Kulturkampf« ist sicherlich von einiger Pikanterie...

Tanks, Kanonen extrabilig!

Deutsche Rüstungsindustrie wird expansiv.

Francis Williams, der angesehene Wirtschaftsjournalist des »Daily Herald«, berichtet in seinem Blatte, daß das Dritte Reich Vorbereitungen trifft, um einen umfangreichen Schleuderelexport von Waffen zu betreiben. Damit will es zweierlei erreichen: Erstens will es im internationalen Warenaustausch für die gelieferten Produkte Rohstoffe erhalten, zweitens aber will es seine Rüstungsbetriebe auch in Zeiten, in denen die heimischen Aufträge nicht mehr so überreichlich fließen wie heute, auf den höchsten Stand der Leistungsfähigkeit erhalten.

Diese Spekulation ist vom Standpunkt des Dritten Reiches aus verständlich. Wer aber sind die glücklichen Länder, die mit Kanonen, Tanks, Bomben und Gasgranaten beliefert werden sollen? Da Deutschland kaum einen einzigen zuverlässigen Freund besitzt, können es doch nur solche Länder sein, die im Kriegsfall möglicher oder gar wahrscheinlicher Weise gegen Deutschland stehen werden. Deutsche Soldaten würden dann, nicht zum ersten Male, die Wirkung von Geschossen, die in ihrem Vaterland erzeugt wurden, am eigenen Leib zu spüren bekommen.

Die Rüstungskonjunktur treibt neue Blüten. Um sie zu üppiger Entfaltung zu bringen, müssen die Löhne niedrig gehalten werden, denn Dumping ist die Seele des Geschäfts. Deutschlands Auftreten auf dem Rüstungsmarkt wird aber auch den internationalen Wettbewerb und mit ihm die internationalen Spannungen verschärfen. Je mehr Kanonen Deutschland exportiert, desto eher werden sie gegen Deutschland losgehen.

Drittes Reich.

Damit das Tempo der Kriegsrüstung keine Verzögerung erleide, ist die Einfuhr von Kupfererzen von 276.800 Tonnen in den ersten neun Monaten 1935 auf 373.000 Tonnen in der gleichen Zeit dieses Jahres gesteigert worden. Die Einfuhr von Bauxit stieg in derselben Periode von 308.900 auf 644.000 Tonnen!

Arbeitgeber fürchten soziale Unruhen!

Eine Warnung für Berlin.

Aus Gleiwitz wird uns geschrieben: Die obereschlesischen Industriellen haben schon wiederholt Gelegenheit genommen, um an die Berliner Regierungsstellen Warnungen in Form von Denkschriften zu richten. Bekannt ist auch der Gegensatz, der zwischen Industrie und den nationalsozialistischen Organisationen seit Monaten herrscht. Die Hungerberichte, die aus dem Industriegebiet in der Auslandspressen ein lebhaftes Echo fanden, haben zwar dazu geführt, daß jetzt die Fleischversorgung besser geworden ist, aber die Arbeitgeber sind durchaus nicht befriedigt. Der Gleiwitzer Arbeitgeberverband hat nun in den letzten Tagen an die Berliner Stellen eine Denkschrift gerichtet, in welcher offen gesagt wird,

daß sich die Industriellen nicht mehr dafür verbürgen können, ob der soziale Friede im Winter sich aufrechterhalten lassen wird.

Innerhalb der nationalsozialistischen Organisationen sei eine solche Radikalisierung eingetreten, die der Opposition innerhalb der Arbeiterschaft direkt in die Hände arbeite. Es zeige sich offene Auflehnung gegen die Vorgesetzten gegenüber, so daß man von einer Sabotage der Produktion sprechen kann und auch bereits ein Rückgang zu verzeichnen sei. Alles das sei in erster Linie auf die mangelhafte Fleisch- und Fettversorgung zurückzuführen. Da im Industriegebiet vielfach noch das »Wasserpoleinische« benutzt werde, bediene man sich auf der Arbeitstätte jetzt des Polnischen, um Unzufriedenheit in die Massen hineinzutragen.

In der Denkschrift wird ferner gesagt, daß die Reden der Reichsminister Göring und Goebbels ohne jedes Echo in der Arbeiterschaft geblieben sind und man jetzt offen davon spricht, daß ein Systemwechsel zu erwarten sei, worunter die Beamtenschaft zu leiden habe, da sie sich bei den Belegschaften nicht mehr den erforderlichen Respekt verschaffen kann. Es wird mit allem Nachdruck gebeten, auf dieses Grenzland besondere Rücksicht zu nehmen, da infolge der Ernährungsschwierigkeiten vielfach auf Polen hingewiesen wird und die polnische Minderheit einen großen Zugang zu verzeichnen habe. Die Industriellen seien, so heißt es in diesem Warnungsruf nach Berlin, zu weiteren großen Opfern bereit, doch ist es notwendig, daß die Regierung durch bessere Versorgung des Industriegebietes ihrerseits zur Beruhigung beitrage. Oberschlesien sei immer schon ein Hexenkessel gewesen, mit einer sehr wandelbaren Bevölkerung, worauf in diesen Zeiten besondere Rücksicht genommen werden müsse.

Wie wir erfahren, laufen auch an amtlichen Stellen, Oppeln, von den Naziorganisationen Berichte ein, die von einem Stimmungsumschwung im Industriegebiet zu melden wissen und besondere Maßnahmen gegen die wachsende Opposition innerhalb der Arbeiterschaft fordern.

Es wird betont, daß die Bevölkerung an den Verhältnissen an den Stempelstellen und in den Geschäften lebhaft Kritik übt, die leider infolge der Ernährungsschwierigkeiten nicht unberechtigt seien.

Deutsche Medizin

Es wird uns berichtet: In einem nordwestdeutschen Krankenhaus, in welchem 406 Betten stehen und wöchentlich zwei Operationstage mit zusammen durchschnittlich 30 Operationen sind, sind hiervon mindestens 10 Sterilisationsfälle. Hauptgründe für die Sterilisation sind: vererbte Epilepsie, vererbte Blindheit und notorische Trunksucht.

Man erzählt sich, daß Göring sich zur Förderung seiner Popularität in ein Krankenhaus begibt. Am Bett der ersten Frau fragt er, was sie habe. »Ein Mädchen.« Er gibt ihr 10 Mark für Süßlingswäse. Die zweite Frau hat einen Jungen, und bekommt 20 Mark. Die Dritte hat einen Kaiserschnitt bekommen, und für sie hat er 30 Mark übrig für besondere Stärkungsmittel. Die nächste Frau antwortet auf seine Frage, sie habe einen Hinterschnitt. Er gibt ihr 50 Mark. Am Saalaustritt erkundigt er sich beim Assistenzarzt, was die Aerzte denn jetzt den »Hinterschnitt« nennen. Der Arzt antwortet: »Ach, diese Frau ist sterilisiert worden.« Tatsächlich ist dieses der terminus technicus, mit welchem sowohl Aerzte wie auch Schwestern in den Krankenhäusern ganz einheitlich die Sterilisation bezeichnen.

Aus letzter Zeit wird ein Fall bekannt, daß eine Jüdin zur Untersuchung in ein städt.

Der Block der Diktaturen

Die deutsch-italienische Zusammenarbeit

Die Machtpolitik der Diktaturen und die ihr entsprechende Aufrüstungs- und Kriegswirtschaft führen in Italien und Deutschland zu fortschreitender Wirtschaftszerrüttung. Das bildet die Basis für die außenpolitische Kooperation beider Länder, die seit 1933 mit wechselnder Intensität die europäische Politik beherrscht. Italien hat die militärische Erstarbung Deutschlands mit allen diplomatischen Mitteln unterstützt, um so seine eigene Stellung gegen Frankreich und England zu kräftigen. Es hat jene Politik der Balance of power, des Gleichgewichts der Kräfte, die früher England betrieben hatte, mit großer Konsequenz und mit starkem Erfolg durchgeführt. Die deutsche Aufrüstung wurde in ihrer ersten für Deutschland gefährlichen Phase von Italien gegen die französischen Abwehrtendenzen mit allen Kräften unterstützt, wobei ihm England Hilfestellung gewährt. Erst die Aufrüstung Deutschlands, die die Bewegungsfreiheit Frankreichs zunehmend lähmt, ermöglichte Mussolini die Durchführung der Eroberung Abessinien. Diese ist ein schwerer Schlag gegen Englands Machtstellung. Sie stellt, einmal ausgebaut und konsolidiert, nicht nur die Möglichkeit dar, Englands Positionen von der Landseite her in Ägypten und im Sudan anzugreifen, sie gefährdet die lebenswichtigen englischen Seeverbindungen nicht nur durch das Mitteländische Meer, sondern auch am Suezkanal und am Roten Meer. Es sind Existenzfragen für das englische Empire, die damit aufgeworfen sind. Das Machtproblem ist dem englischen Staat unmittelbar gestellt.

Die abessinische Verwicklung, die gefährliche Komplizierung im Mittelmeerraum erweitert Deutschlands außenpolitische Bewegungsfreiheit in außerordentlichem Maße. Die Besetzung des Rheinlandes, die Einführung der zweijährigen Dienstzeit sind die Früchte, die die Diktatur pflücken kann. Die Lähmung des Völkerbundes, das Ende der kollektiven Sicherheit sind gleichsam das Abfallprodukt dieser Entwicklung. Die Stellung Frankreichs und Englands ist geschwächt. Italien wird in dem Kräfteverhältnis zwischen Frankreich und Deutschland der entscheidende Faktor. Die Anstrengungen der französischen Diplomatie, Italien an die Seite der Westmächte zu ziehen, nehmen an Intensität zu. Aber der englisch-italienische Gegensatz bleibt in seiner ganzen Schärfe.

Die tatsächliche Kooperation — nur einmal, anlässlich des Dollfußmordes kurz unterbrochen, aber alsbald wieder hergestellt — hatte den beiden Diktaturen reiche Früchte getragen, die europäische Kräftekonstellation zu ihren Gunsten revolutioniert. Das Problem mußte sich stellen, ob diese tatsächliche Zusammenarbeit nicht zu einer bewußten diplomatischen Zusammenarbeit erweitert und ihre Dauer sichergestellt werden sollte.

Zwischen Italien und Deutschland gibt es große Interessengegensätze. Der offenkundigste ist Österreich. Österreich ist für Italien nicht nur das notwendige Bindeglied zu seinem Vasallen Ungarn, sondern zum Balkan überhaupt, Kärnten ist das unentbehrliche Aufmarschgebiet gegen Jugoslawien. Ohne Verfügung über Österreich fühlt sich Italien im Besitz der Adria, des more nostrum, »seiner« See, des eigentlichen Siegespreises von 1918, bedroht. Eine Okkupation Österreichs durch Deutschland stellt deshalb unmittelbar eine Gefährdung der italienischen Großmachtstellung dar. Dieser Gegensatz erweitert sich noch durch die Rivalität im Donauraum und im Balkangebiet. Wir haben kürzlich hier einmal geschildert, wie in die ursprünglich chaotische deutsche Außenpolitik allmählich größere Ordnung und Zielklarheit hereinkommt, wie die alten Pläne der Hegemonie über Mittel- und Südeuropa allmählich wieder Gestalt gewinnen. Hier begegnet Deutschland aber überall dem Bestreben Italiens, seinen eigenen

Einfluß in diesen Gebieten zu behaupten und auszudehnen. Zudem wäre eine deutsche Umklammerung des Balkans wieder unmittelbar das Ende der Großmachtstellung Italiens, denn Deutschland würde dann von Osten her die italienische Stellung im Mittelmeer bedrohen können. Kein Wunder, daß eine dauernde Kooperation der beiden Rivalen von den meisten für ausgeschlossen gehalten wurde, oder höchstens als kurzfristige Episode möglich schien.

Die Kooperation ist aber wirklich geworden und die Unterzeichnung der sechs Protokolle von Berchtesgaden erlaubt schon von einem festen Bündnis zu sprechen. Eingeleitet wurde das Bündnis durch das Abkommen zwischen Oesterreich und Deutschland am 11. Juli, in dem Deutschland Oesterreich die staatliche Selbständigkeit zusichert. In Wirklichkeit handelte es sich dabei nicht um eine Vereinbarung zwischen Deutschland und Oesterreich, sondern um ein Abkommen zwischen Mussolini und Hitler über Oesterreich. Für diese Auffassung bedarf es gar nicht erst der ostentativen Versicherung Mussolinis in Mailand, er habe bereits eine Woche vor der Unterzeichnung den Inhalt gekannt und gebilligt. Wahrscheinlich gebührt ihm überhaupt die Initiative. Es genügt, sich den Sinn dieser Abmachung klar zu machen. Die Selbständigkeit Oesterreichs hängt nicht vom guten Willen Hitlers ab, sondern von den italienischen Bajonetten. Die und nicht ein Fetzen Papier mit der Unterschrift Hitlers sind die Garantie der österreichischen Selbständigkeit! Für Schuschnigg, den österreichischen Talmi-Diktator, lag, da er der Unterstützung seines Protektors gewiß sein konnte, gar kein Grund vor, diesen Vertrag anzustreben, der ihm wegen der größeren Bewegungsfreiheit der österreichischen Nationalsozialisten nur Unbequemlichkeiten bringt. Aber der Abschluß war eine Vorbedingung der ihm folgenden umfassenden Verständigung zwischen Deutschland und Italien. Er bedeutet die Herstellung eines italienisch-deutschen Kondominiums, einer gemeinsamen Herrschaft der bisherigen Rivalen über Oesterreich. Oesterreich hört auf, die Gefahr eines akuten Konflikts zu bilden und wird Verbindungsbrücke, Brücke zwischen Deutschland und Italien, Brücke zugleich für beide Mächte nach dem Balkan. Denn es kann keinem Zweifel unterliegen, daß in den Berchtesgadener Protokollen, deren genauer Inhalt ja ein Geheimnis zwischen den Diktatoren bleibt, auch über die Politik im Donauraum und im Balkan Vereinbarungen getroffen sind, die die akuten Konfliktmöglichkeiten beseitigen und den Versuch ermöglichen, die Balkanstaaten unter den gemeinsamen Einfluß zu bringen, sie um die Achse Berlin-Rom zu gruppieren, von der Mussolini in Mailand so nachdrücklich gesprochen hat. Die kleinen mitteleuropäischen und Oststaaten sollen nicht mehr zwischen den großen Rivalen lavieren und ihre Gegensätze ausnutzen können, sondern unter dem Druck ihrer koordinierten Politik sich ihnen anschließen.

Diese Politik ist nicht ohne Schwierigkeiten und Gefahren. Namentlich der wirtschaftlichen und militärischen Ueberlegenheit Deutschlands riskieren, in eine gefährliche Situation zu kommen, wenn die jetzt diplomatisch überbrückten, aber doch fortexistierenden Gegensätzlichkeiten einmal unversehens zum Ausbruch kommen. Diese Politik muß also ihren Sinn und ihre Rechtfertigung in einem Ziel haben, das die Risiken rechtfertigt.

Wir haben gesehen, daß die Wirtschaftspolitik beider Diktaturen sie dazu zwingt, die Eroberung reicher, bereits voll entwickelter Rohstoffgebiete zu erstreben. Die gibt es im Osten kaum. Gewiß, die rumänischen Petroleumfelder, die jugoslawischen Kupfervorkommen sind

nicht zu verachten. Aber ein Vorgehen gegen Osten würde sofort die eben überbrückten Gegensätze zwischen Italien und Deutschland aufs neue hervorrufen. Im Gegensatz zueinander lähmen sie sich gegenseitig. Die Westmächte, von denen sie in der Vereinzelung abhängig sind, erhielten ihre Suprematie wieder und könnten gewaltsame Entscheidungen im Osten verhindern. Oekonomisch wenig verlockend ist die Kooperation gegen den Osten politisch kaum möglich und setzt zudem auf alle Fälle die vorhergehende Ueberwindung des Widerstandes der Westmächte voraus.

Reiche, den Bedürfnissen der Machtpolitik genügende Gebiete gibt es im Westen: das englische, holländische, belgische, portugiesische Kolonialreich, die Minenschätze von Lothringen, Brien und Longwy — das lockende Kriegsziel für die deutsche Schwerindustrie schon im letzten Krieg und heute erst recht für die Diktatur mit ihrem zu schwach gewordenen Wirtschaftsfundament. Eine neue Entscheidung um die Verteilung der Welt mit noch größeren Perspektiven als sie der letzte Krieg zu eröffnen schien, taucht auf. Wenn das der Preis der Kooperation sein kann, lohnt es sich dann nicht, unter Verzicht auf kleinere Ziele und selbst mit Gefahr großer Risiken die Rivalität von Oesterreich, den Donauraum und den Balkan auszuschalten? Und zu dem wirtschaftlichen Antrieb kommt der machtpolitisch militärische. Entscheidende Erfolge im Osten bleiben so lange gefährdet, so lange die Macht der Westmächte nicht gebrochen ist. Hitler hat im »Kampf« die Vernichtung der militärischen Kraft Frankreichs als Voraussetzung jeder deutschen Machtpolitik verkündet. Mussolini aber ist durch die Eroberung Abessinien in den Gegensatz zu England hineingetrieben. Für ihn handelt es sich um die Herrschaft über das Mittelmeer, um die Befreiung der »Insel« aus der »Gefangenschaft«, in der sie heute England noch hält. Das Mittelmeer, sagte er in Mailand, ist für Italien das Leben, für England nur die Abkürzung einer seiner Verbindungswege. Wie Italien in den letzten Krieg gegangen ist, um die Großmacht Oesterreich von den Küsten der Adria zu vertreiben und die Herrschaft über »sein« Meer zu sichern, so ist heute die Vertreibung Englands aus seinen beherrschenden Stellungen im Mittelmeer und an dessen östlichen und westlichen Ausgängen das unmittelbare machtpolitische Ziel Italiens.

Die deutsch-italienische Kooperation erhält so Sinn und Inhalt nur, wenn sie als aggressive Zusammenarbeit gegen die Westmächte verstanden wird, wenn sie begriffen wird als die Machtpolitik von Militärdiktaturen, in die sich alle Diktaturen immer mehr umwandeln, die militärisch ungeheuer stark, aber wirtschaftlich zum Tragen der machtpolitischen Last zu schwach sind. Es geht der deutschen Diktatur nicht um Memel, Danzig oder Oesterreich und der italienischen nicht um ein Stück dalmatinischer Klüste oder afrikanischen Bodens. Es geht um mehr. Der totale Krieg, den sie vorbereiten, hat die totale Neuverteilung der Welt zum zwingenden Inhalt.

Die deutsch-italienische Kooperation geht sehr weit. Sie schließt in sich nicht nur das jeweilige Abstimmen der beiderseitigen Außenpolitik durch gemeinsame Beratung, sondern auch weitgehende militärische Abmachungen, die gleich nach dem Sieg über Abessinien einsetzen. Im Juni kam eine deutsche Militärdelegation nach Rom, der bald eine Marineabordnung folgte. Der italienische Luftgeneral Valle schloß in Berlin ein Abkommen, das den Italienern im Gebiet von Hamburg einen Luftflottenstützpunkt einräumt, den Deutschen einen im Dodekanes, wahrscheinlich auf der Insel Leros, nicht weit entfernt von den Meerengen. Das Abkommen wurde anlässlich des Aufenthalts des Generals Milch in Italien im Oktober ergänzt. Italien hat so Deutschland an seine Interessensphäre im Mittelmeer unmittelbar herangezogen.

Die erste Frucht des italienisch-deutschen Bündnisses ist das Zusammenspiel in Spanien, das von den beiden Diktaturen wirklich nicht aus ideologischer Liebhabelei, sondern aus sehr realpolitischen Machtinteressen geführt wird.

Dr. Richard Kern.

Drittes Reich!

Von 1934 zu 1935 hat sich die Zahl der Betriebsunfälle im deutschen Einzelhandel von 28.431 auf 32.434 erhöht.

Das Verbot von Aufwandsentschädigungen, das im Jahre 1932 vom Lande Anhalt erlassen worden war, ist von den Nationalsozialisten aufgehoben worden, weil »es sich vielfach nicht mehr habe rechtfertigen lassen.«

Krankenhaus kommt, der Chefarzt ihr nach der Untersuchung erklären muß: »Ihr Fall ist ganz ernst. Sie müssen sofort operiert werden, sonst besteht Lebensgefahr. Aber ich muß Ihnen gleichzeitig mitteilen, daß ich Sie nicht operieren darf. Wenn ich Sie in dies Krankenhaus aufnehme, kostet mich das meine Stellung. Doch ich will mit meinem Kollegen vom katholischen Krankenhaus sprechen, daß er Sie sofort operiert.« So geschah es dann auch.

Wer hat das Gold gestohlen?

Göring hat im Sportpalast ausgerufen: »Man sagt uns: Wenn ihr Rohstoffe haben wollt, bezahlt sie gefälligst mit Gold. Jawohl, wir wären bereit, mit Gold zu zahlen, aber man hat uns das Gold gestohlen!«

Welches Gold meint der General? Im Januar 1933, zur Zeit da der Führer die Führung übernahm, befanden sich in den Kellern der Reichsbank 996 Millionen Mark in Gold und Devisen, davon 893 in Gold, jetzt sind es weniger als 70 Millionen. In dieser Zeit hat Schacht, streng wie Fafner vor Neidhöhl, gewacht, daß kein Gold noch Goldes Wert ohne seinen Willen ins Ausland gelange. Dieses Gold kann also dem Schacht nicht geraubt, es kann nur auf sein Geheiß ins Ausland geschickt worden sein. Ende März 1933 betrug der Gold- und Devisenbestand der Reichsbank noch 836, Ende April noch 516, Ende Juni nur noch 273 Millionen, das sind nur etwa zwei Drittel vom Einfuhrwert eines Monats.

Im Laufe von drei Monaten war also der Goldbestand auf ein Drittel und seit Januar auf etwas mehr als ein Viertel zusammengeschrumpft. Das war keine vom Ausland erzwungene, sondern eine durchaus freiwillige Leistung Schachts.

Einen amerikanischen Goldkredit von 600 Millionen Mark, der allmählich zu tilgen war, zahlte er lange vor Fälligkeit »schlagartig« bis auf den letzten Rest zurück. Was war der Grund, die Währungsreserve ohne Not auszuschöpfen? Es war ein in äußere Form kaufmännischer Ehrbarkeit gekleideter betrügerischer Bankrott. Schacht inszenierte eine künstliche Zahlungsunfähigkeit, um die ausländischen Gläubiger die gegen sie gerichtete Aufrüstung selbst bezahlen zu lassen. Aber da inzwischen ein Ausfuhrüberschuß erzielt werden konnte, war der Goldbestand bis Ende des Jahres auf rund 400 Millionen aufgefüllt. Im März 1934 setzte eine zweite Goldflucht ein. Bis Ende Juni, in sechs Monaten, war die Währungsreserve auf rund 70 Millionen zusammengeschrumpft, also praktisch aufgezehrt. Woher kam dieser plötzliche Schwund: Im Laufe von zwei Monaten, vom Februar bis April 1934, war z. B. die Einfuhr von Eisenerz von 385.000 auf 732.000 Tonnen gestiegen. Im Juli betrug sie bereits fast 1 Million Tonnen. Die Roheiseneinfuhr, die im April und Mai 1933 8100 Tonnen betragen hatte, belief sich ein Jahr später auf 19.600 Tonnen. Ebenso »schlagartig« stieg die Einfuhr von Kupfererz von 13.000 Tonnen im März auf 26.000 im April und 36.000 Tonnen im Mai. Die Gleichzeitigkeit von plötzlichem Einsetzen einer forcierten Aufrüstung und der ebenso plötzlichen Goldflucht enthüllt ihren ursächlichen Zusammenhang. Wer ist also der Räuber dieses Goldes? Das Ausland nicht, denn es ist ja selbst durch des erfindungsreichen Schacht verwickelten Methoden, Waren zu kaufen, ohne sie zu bezahlen, um die Bezahlung seiner Lieferungen geprellt, selbst um Gold und Goldeswert beraubt worden.

Es ist also das Dritte Reich selbst, das seinen eigenen Goldschatz geplündert hat, um sich auf Kosten des Auslandes und derer im Inland, die sich dagegen nicht wehren können, zu bewaffnen.

Wenn aber auch der Gold- und Devisenbestand bei Hitlers Machtübernahme ungeheuer viel größer war als 1½ Jahre später, so war er doch im Verhältnis zum deutschen Einfuhrbedarf höchst unzulänglich. Hat Schacht den von der Republik übernommenen Vorrat auch verwirtschaftet, so war doch, was er gerbt hatte, nur der Rest eines einstigen Reichtums. Denn die Reichsbank hatte zur Zeit der Republik weit mehr Gold und Goldeswert in ihren Kellern als das Kaisertum und als zur Deckung ihrer Banknoten vorgeschrieben war.

Am Ende des Jahres 1913 betrug der Goldschatz der deutschen Notenbanken 1235, Ende 1928 3000 Millionen Mark.

Die Deckung der Banknoten durch Gold und Devisen brauchte nur 40 Prozent zu betragen, betrug aber Ende 1928 60 Prozent. Der Notenumlauf war also bei weitem überdeckt. Die Anhäufung von Gold konnte stattfinden, obwohl das Reich nach dem Waffenstillstand 2 Milliarden Gold abliefern und obgleich sein Gold- und Devisenschatz durch die Inflation auf rund 500 Millionen zusammengeschrumpft war. Die Reichsmark war also damals weitgehend, wenn auch nicht öllig vor einem

Angriff auf ihren Auslandswert gesichert. In der Zeit der Ansammlung dieser großen Währungsreserve war das Dawes-Abkommen in Kraft. Auf Grund dieses »Schandvertrages« sind in 5 Jahren 8 Milliarden Mark für Reparationen gezahlt worden. Der »Goldraub« der Reparationszahlungen hatte also der Reichsbank nicht ihr Gold entzogen, sondern die Möglichkeit der Ansammlung einer starken Goldreserve gelassen. Seit 1931 werden keine Reparationen mehr bezahlt. Hitler hatte das Glück, die Führung im Kampf gegen die Last der Tribute zu übernehmen, als keine mehr zu zahlen waren. Wenn dennoch das Gold bis auf einen winzigen Rest verschwunden ist, so kann es nicht für die Reparationen verbraucht worden sein. Aber das Gold der Reichsbank wird man sagen, war nur geliehen, es kam zur Reichsbank als Folge der großen Verschuldung an das Ausland, die Deutschland nach Beendigung und zur Beendigung der Inflation auf sich nehmen mußte. Deutschland war, sagt die völkische Legende, gezwungen, sich um der Tributlasten willen in ausländische Schuldknechtschaft zu stürzen. Ist die Verschuldung selbst erzwungen, so ist die geforderte Rückzahlung in Gold es erst recht und daher ein Raub. Aber 1929 trat die herabgesetzte Zahlung des Young-Planes in Kraft, am 1. Juli 1931 das Hooverabkommen, das die Jahresleistung auf die Hälfte herabsetzte. Zu dieser Zeit ergab sich ein Ausfuhrüberschuß von bis dahin unerreichter Höhe. Es waren also die beiden Bedingungen gegeben, die man bis dahin als unerlässlich für das reibungslose Funktionieren des Zahlungsverkehrs zwischen Deutschland und der übrigen Welt angesehen hatte: die Herabsetzung der Reparationszahlungen und die Aufnahmebereitschaft des Auslandes für deutsche Waren. Aber gerade zu dieser Zeit setzt der Sturm der Auslandsgläubiger auf die Kassen der deutschen Großbanken ein. Um ihnen zu Hilfe zu kommen, tat die Reichsbank einen gewaltigen Griff in ihren Goldschatz. Eine Goldflucht, ebenso »schlagartig« wie die drei Jahre später, entzieht der Reichsbank in wenigen Wochen eine Milliarde und in wenigen Monaten zwei Drittel ihrer Goldreserven. Mag die Verschuldung Deutschlands durch die Reparationszahlungen verursacht sein, seine Ueberschuldung ist es bestimmt nicht, denn in der Zeit von 1924 bis 1928 hatte die Verschuldung an das Ausland 18 Milliarden betragen, aber die Reparationszahlungen nur 8 Milliarden, also weniger als die Hälfte. Wer waren die Schuldner? Nicht das Reich, sondern überwiegend Großbanken und Großindustrie. Und wer hat diese Ueberschuldung zu verantworten und vor allem ihre gefährliche und für den Run der ausländischen Depothaber entscheidende Form? Vor allem Dr. Hjalmar Schacht.

Mit seiner Ueberwachungsstelle hielt er

streng darauf, daß keine deutsche Kommune eine ausländische Anleihe aufnahm, und betrieb gleichzeitig eine planmäßige Greuelpropaganda gegen den Kredit der angeblich verschwundensüchtigen Gemeinden. Die Folge war nicht, daß die Auslandsanleihen überhaupt gestoppt, sondern nur daß sie verteuert und von der Großindustrie monopolisiert wurden. Aber Schachts Feldzug gegen den öffentlichen Kredit hatte nicht nur diesen, sondern den deutschen Auslandskredit im allgemeinen erschüttert.

Das Ausland wollte schließlich nicht mehr für längere Fristen, sondern nur noch auf Abruf borgen. Eine Untersuchung durch den Reichstag hatte das überraschende Ergebnis, daß von 20 Milliarden Verschuldung an das Ausland die Hälfte kurzfristige Schulden war und davon alles bis auf einen winzigen Rest nicht etwa auf die öffentliche Hand, sondern auf Großbanken und Großindustrie entfiel. Die Greuelpropaganda Schachts hatte sich also als Lügenpropaganda erwiesen. Sie hatte den Erfolg, daß sich die Verschuldung der öffentlichen Hand nicht vermindert, aber die Kapitalverschwendung der Großkonzerne gefördert wurde. Das geliehene Auslandskapital wurde dem Machttrieb der »Wirtschaftsführer« und privater Verschwendungssucht geopfert. Mit Milliarden ausländischen Geldes war ein riesenhafter Friedhof toten, in unverwendbaren Maschinen festgelegten Kapitals bezahlt worden. Und als im Ausland bekannt wurde, daß allein die Gebrüder Lahusen 250 Millionen vergeudet hatten, war der Sturm der Auslandsgläubiger auf die deutschen Großbanken nicht mehr aufzuhalten. Er wäre nicht erfolgt ohne die Kreditsperre des Reichsbankpräsidenten Schacht. Sie hatte die Ueberschuldung der Industrie mit kurzfristigen Auslandsgeldern geradezu erzwungen und damit erst den überstürzten Abzug von Auslandsgeldern möglich gemacht, der die Reichsbank um ihre Reserve ausländischer Zahlungsmittel gebracht hatte.

Die Folge war die Verschärfung von Deflation und Krise, die Steigerung von Arbeitslosigkeit und Massenelend. Ohne sie gäbe es zwar keinen nationalsozialistischen Staat, aber dafür mehr Gold, mehr Baumwolle und mehr Fleisch.

Göring scheint allerdings jeden Anspruch ausländischer Gläubiger auf bare Zahlung als Raub anzusehen. Huldigt man dieser Bankrotteurökonomie nicht, dann muß man zugeben, daß nicht die »Feinde« das Gold geraubt haben, sondern diejenigen, zu deren Gunsten heute in Deutschland registriert wird, und daß das Märchen vom geraubten Gold nur verbreitet wird, um die Massen darüber zu täuschen, wofür sie geopfert werden sollen.

G. A. F.

Volk hinter Stacheldraht

Jede deutsche Auslandsreise politisch kontrolliert — Die geschlossene journalistische Autarkie — Das Halsband für den deutschen Studenten im Ausland

Fast gleichzeitig konnten dieser Tage im Dritten Reich zwei Vorgänge registriert werden, die wohl deutlich genug zeigen, daß der Prozeß der Abkapselung eines Millionenvolkes von allen Beziehungen zur Umwelt noch keineswegs abgeschlossen ist. Der Mann, den Herr Hitler als seinen allerältesten »Mitschüler« zum unumschränkten Souverän über das deutsche Hotel- und Fremdenverkehrswesen erhoben hat, nachdem er sich als bayrischer Minister durch wilde Sexualskandale selbst unter seinen Hitlerfreunden unmöglich gemacht hatte, Esser aus München, hat in einer Rede vor deutschen Verkehrsinteressierten in aller Form angekündigt,

daß künftig jeder Grenzübertritt eines Deutschen nicht nur nach Devisen-, Zoll- und anderen Staatsinteressen, sondern auch nach der politischen Seite hin einzeln kontrolliert werden würde.

Esser sprach in diesem Zusammenhang ganz offen von all den Ländern, die für den Nationalsozialismus kein Verständnis aufbrächten — mit Ausnahme von Ungarn und Italien — ist das freilich die ganze Welt — und ließ durchblicken, daß ein in Zukunft für das Reich einheitlich funktionierendes politisches Auslandsreisen-Kontrollamt den Grenzübertritt der »Reichsbürgere« (andere Deutsche bekommen bekanntlich schon längst

keine Pässe mehr) nach diesem Gesichtspunkt straff »regeln« werde.

Gleichzeitig hat der Hauptmann a. D. Weiß, die hitleramtliche Gouvernante der deutschen Zeitungsredakteure und Tagespublizisten, in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des »Reichsverbandes der deutschen Presse« angeordnet, daß kein deutscher Journalist noch Mitglied der Internationalen Pressevereinigung sein darf und sofort aus ihr auszuscheiden hat. Da diese Vereinigung sich in der Hauptsache darauf beschränkte, für ihre Mitglieder einen international anerkannten Berufsausweis, der oft so gut wie eine Art Paßersatz war, zu führen, so kann auch dieser Ukas nur den Zweck haben, dem Käfig Deutschland noch einige starke Gitterstangen mehr anzudrehen.

Welch ein »Stärke«-Beweis für die Güte »des nationalsozialistischen Gedankengutes«, wenn es sich schon durch jede, auch die harmloseste unkontrollierte Berührung seiner »Volksgenossen« mit dem Ausland bedroht fühlen muß! Insofern ist auch die Anweisung des neuen deutschen »Reichs-Studentenführers« ein klassisches Armutzeugnis, zugleich aber auch der handgreifliche Beweis dafür, wer an gewissen tumultuösen und unanständigen Dingen die Schuld tragen mag,

die sich immer wieder gerade an solchen Hochschulen des Auslandes ereignen, an denen auch bevorzugte reichsdeutsche Studenten der Wissenschaften sich widmen. In diesem akademischen Tagesbefehl heißt es wörtlich:

»Die Gesamtheit der reichsdeutschen Studenten deutscher Abstammung im Ausland ist organisatorisch zusammengefaßt im Kreis Ausland der Deutschen Studentenschaft, Berlin SW 68, usw. Jeder ins Ausland gehende deutsche Student ist verpflichtet, vor der Ausreise um Aufnahme in den Kreis Ausland nachzusuchen, bzw. sich rechtzeitig von der Studentenschaft seiner Hochschule beurlauben zu lassen. Ohne die ordnungsgemäße Anmeldung des Auslandsstudiums ist die spätere Fortsetzung des Studiums in Deutschland, die Anrechnung der Auslandssemester, bzw. die Wiederimmatrikulation in Frage gestellt.«

So unfrei und gegängelt waren sicherlich die Studenten des Vormärz-Preußen in keiner Weise, die dann später mit den Berlinern und Leipziger Arbeitern auf die Barrikaden von achtundvierzig gingen. Herr Rust, der »Reichserziehungsminister«, hat zwar jüngst bei einem Kameradschaftsabend des »Lager« des Deutsch-Akademischen Austauschdienstes erklärt, kein deutscher Auslandsstudent dürfe »drüben« seinem Gastland die nationalsozialistische Weltanschauung aufzudrängen versuchen... Aber nunmehr weiß man, wie das gemeint ist! Wer überhaupt noch durch den deutschen Drahtverhau durchgelassen wird, lebt unter Göbbelsschem oder Göringschem Kriegsgesetz! Nur als militanter Nationalsozialist darf er sich im Ausland bewegen! Man sollte meinen: hier wäre doch Grund für die Umwelt, ein wenig nachdenklicher über dieses Deutschland zu werden!

Deutsche Kartenlehre

Zuerst der Kartograph,

dann der kommandierende General!

Die »Zeitschrift für Geopolitik« rühmt sich öffentlich, der Hitlererei schon zugeschworen gewesen zu sein, als sie es eigentlich noch gar nicht gab. Schon im Jahre 1919, in ihrem Gründungsjahr sei sie, so sagt sie in der letzten Nummer, »letztlich nationalsozialistisch« gewesen. Da die »Zeitschrift für Geopolitik« in solchem inneren Kontakt mit dem jetzigen Regierungsgelast in Deutschland steht, ist es erlaubt, die Meinung und die Absichten des Systems mit dem zu identifizieren, was sie ihren Druckspalten anvertraut. So zum Beispiel im letzten Oktoberheft:

»Das deutsche Volk kann sich auf die Dauer nicht mit rein technischen Karten (der Geographie nämlich! D. R.) begnügen, die nur seinen wissenschaftlichen und praktischen Orientierungsdrang befriedigen. Es wünscht in Wandkarte und Plakat die Aufklärung zu bekommen, die heute wesentlich ist. Ungarn und Italien sind mit solchen Plakaten längst vorangeschritten, weil sie erkannten, daß Karten Waffen sind im politischen Kampf. Es bleibt für uns Deutsche der Wunsch, daß sich aus den vorhandenen Anfängen größeres entwickelt, das dem Volksganzen dienen kann. Die Möglichkeit solcher Entwicklung hängt allerdings davon ab, ob wir Deutsche fähig sind, unsere oft allzu korrekte Sachlichkeit zu sprengen zugunsten einer herzhaften Hervorhebung des Wesentlichen und Wünschenswerten!«

Wie sich schon die Heimkämpfer und verhörrten Frontsoldaten der Zukunft empfehlen für die kommende große Auseinandersetzung Deutschlands mit der zu solchem Zweck unentbehrlichen »Welt von Feinden!« Ach ja, es ist vielleicht »korrekt«, aber durchaus nicht »wünschenswert«, wenn man auf den Karten den Ural immer noch als von Russen bewohnt angibt; das könnte doch kartographisch längst schon germanisiert sein, bevor die wirkliche Germanisierung beginnt. Der Hinweis auf das löbliche Beispiel Italiens und Ungarns ist der stärkste Beweis für die Eroberungsabsichten Hitler-Deutschlands.

Frischei — nicht verwässert

Der Werberat der deutschen Wirtschaft hat die in dem Werbeschreiben eines Herstellers von Eier-Konservierungsmitteln enthaltene Behauptung, daß die Eier, wenn sie eingelegt werden, »frische« bleiben, untersagt. Maßgebend hierfür war nicht der Gesichtspunkt der Irreführung — den Hausfrauen dürfte allgemein bekannt sein, daß eingelegte Eier nicht mehr im eigentlichen Sinne »frische« sind — als vielmehr die Absicht, den durch die Eierverordnung geschützten Begriff »frisches Ei« vor einer Verwässerung zu bewahren. (»Frankfurter Zeitung«)

Drittes Reich!

Die evangelische Kirchenbehörde von Hannover hat zur Vorbereitung der Konfirmation einen zweijährigen Konfirmandenunterricht angeordnet. Bisher hatte ein Jahr genügt.

»Volk ohne Geist«

Erster Start einer philosophischen Opposition

Wer heute die Berichte über wissenschaftliche Kongresse in Deutschland liest und durch den Lautsprecher die Offenbarungen der neuen deutschen Geistigkeit vernimmt, denkt an Hamlets düstere Frage an Yoricks Grab, ob das Schicksal menschlichen Geistes und der menschlichen Seele darin beschlossen liege, daß »zuletzt ein grober Flegel den Menschen mit einer schmutzigen Schaufel um den Hirnkasten schlägt.« Es hat seit Jahrhunderten keinen Zeitabschnitt gegeben, wo die Humanität diese Schaufel so spüren mußte wie heute. Aber das Bekenntnis zur Menschlichkeit hat mit ihrem Trabanten, der Freiheit und der Vernunft, die Eigenschaft, zuletzt jeder Unterdrückung zu trotzen. Heute, wo die Methoden der Despotie mit rationalisiertem Raffinement ausgerichtet sind, muß die geistige Opposition nach den letzten noch möglichen Verstecken suchen, um den Verfolgern zu entgehen. In Deutschland geht ihr Weg nach alter Traditionsgebundenheit zunächst durch die Philosophie, wo das Wagnis des Widerspruchs mit Hilfe überlieferter Formeln noch am leichtesten zu verbergen ist.

Vor kurzem tagte die Deutsche Philosophische Gesellschaft in Berlin. Sie war dem Thema: »Seele und Geist« gewidmet, also einem alten philosophischen Diskussionsobjekt. Seit dem Dritten Reich und dem Kunterbunt von Pseudo-Mythos und stählerner Machtanbetung, Rassenvergottung und Angstkomplexen hat diese Kontrastierung jedoch einen neuen Sinn erhalten. »Seele« — das ist die Ausdrucksform für irrationale »Triebe«, und diese wiederum werden vom »Blute« diktiert. »Geist« auf der andern Seite — er steht in verdächtiger Beziehung zu den Entscheidungen der Vernunft. Das Thema der Deutschen Philosophischen Gesellschaft, die einen stattlichen Kreis von deutschen und ausländischen Gelehrten um sich versammelt hatte, gab also die Möglichkeit, sich hinter rein geistigen Orientierungen mit der »Weltanschauung« des Dritten Reiches in der biegsamen Sprache der Wissenschaft auseinanderzusetzen.

Der erste Redner war der bedeutende Pädagoge und Philosoph Professor Eduard Spranger, der weit über die Fachkreise hinaus geistige Autorität besitzt. Er war dem braunen Regime gleich nach der Machtübernahme nicht bequem und schied grollend aus dem Amte. Erst nach längeren Verhandlungen, in deren Verlauf sich Spranger den vorgeschriebenen Zeremonien beugte, trat er wieder in den Lehrkörper der Berliner Universität ein. Sein Vortrag über »Seele und Geist«, der die gesamte Tagung beherrschte, gipfelte in folgenden Sätzen: **Allein der Geist ist das Medium der Vorstellbarkeit.** Es gibt ohne ihn überhaupt keine höhere Beziehung unter den Menschen. Ohne seine Vermittlung bleibt das bloß Seelische für uns unzugänglich, denn an die seelische Seite im menschlichen Bewußtsein gelangen wir nur über geistige Vorgänge, wie es auch eine direkte Wahrnehmung der seelischen Bewegung eines anderen überhaupt nicht gibt. Spranger kam auf Grund seiner scharf abgegrenzten Thesen zu dem Ergebnis, daß der Geist allein Medium und Kulturschöpfer sei: **»Nur im Reiche des Geistes kann ein Volk seiner sittlichen Vollendung entgegenreifen.«**

Sprangers Referat wirkte wie eine »Bombe«. Die übergroße Mehrheit der philosophischen Corona zeichnete den Redner durch begeisterten Beifall aus — eine Manifestation bedrückter Seelen, die sich am Mute anderer zu entzünden pflegen. Freilich, äußerlich waren Sprangers Vorstöße gegen den Modephilosophen Ludwig Klages gerichtet, einen Besitzer der höheren braunen Weiben. Klages, der von der Graphologie zur Philosophie kam, gab vor einer Reihe von Jahren ein Buch heraus: **»Der Geist als Widersacher der Seele«**, worin der Geist und alles, was sich in seinem Reich bewegt, für die Kultur- und Gegenwart verantwortlich gemacht wird. Klages will die Menschheit

»retten«, indem er sie zur »Ganzheit« und zum »Unbewußten« zurückführen will. Der sündige Geist hat aber noch ein viel schlimmeres Verbrechen auf sich geladen: er ist der Schöpfer der forschenden und wägenden Wissenschaft, die alles Geschehen der »Lebendigkeit« entkleidet.

Man begreift, daß Klages mit solchen Bekenntnissen von der Geistfeindlichkeit der nationalsozialistischen Geburtshelfer mit offenen Armen aufgenommen wurde. Er prägte Sätze, an denen sich inhaltlich wie stillistische Rosenberg und Hitler und alle kleineren Trabanten der völkischen Mythoslehre fruchtbar zu nähren vermochten. »Seele ist Schauung, Urbilder sind Vergangenheitsseher, die zu ihrem Erscheinen der Verbindung mit dem Blute leibhaftig Lebendiger bedürfen, — auf dem Wege einer mythischen Hochzeit.« Es waren die metaphysischen Umtriebe eines Wochenend-Philosophen, wo es nach Blut und Erde roch, in dessen Bereich verschwärzte Rauschlinge, rassistische Instinkt- und bluterstarke Kulturabträger wie die Motten ins Licht flogen. Wenn man bei Klages liest, daß der einzige Quellpunkt echter Erleuchtung die »wollüstig-selige Ekstase« sei, daß die Welt der Tatsachen durch die »Welt der Bilder« abgelöst werden muß, so darf man in ihm mit Fug und Recht als einen der Nährväter der neuen »Erlebnisseele« mit Militärmusikbegleitung erblicken.

Sprangers Angriff auf diese Klages-Gesänge ging aber weit über sie hinaus. Er traf die Wissenschaft des Dritten Reiches — was seinen Hörern zu merken nicht schwer fiel — mitten ins Herz. In Heidelberg hat Sprangers Antipode Krieck feierlich im Namen seines Führers erklärt, daß die vom Geist bewegte Humanitätsidee für die deutsche Wissenschaft nicht mehr »verpflichtend« sei. An ihre Stelle hat befehlsgemäß die »völkische Lebensordnung«, die Erhaltung der »arteigenen Kraft« zu treten, mit dem Leitprinzip der Stimme des Blutes. Sprangers Bekenntnis zum Geiste war die Antithese dazu. Der für ihn allein kulturschöpferische Geist erkennt »totale« Postulate nicht an. Er existiert gerade davon, was die neue nationalsozialistische »Wissenschaftslehre« grundsätzlich nicht anerkennt: nämlich von jener Objektivität, die die Werte nicht fixiert, sondern immanent sucht. Und was sich von selbst ver-

steht: der »Geist« kann sich nicht mit einem Führer abfinden, der nicht nur politische Befehlsgewalt, sondern auch in der Kulturgestaltung die Unfehlbarkeit der Gesinnungs- und Meinungsbildung beansprucht.

Indessen hat man keinen Grund, Spranger und denen, die ihm zustimmten, besonderen Respekt zu bezeugen. Sie machen alle offiziell den braunen Betrieb mit, heben die Arme zum huldigenden Gruß und danken dem Führer telegraphisch mit der Beteuerung mit ihm für Deutschlands Ehre »auch in der Wissenschaft« wirken zu wollen. Die »Seele« der Unterwürfigkeit, erfüllt von der Furcht, Amt und Würden in Gefahr zu wissen, ist stärker als der »Geist« wissenschaftlicher und weltanschaulicher Überzeugung. Es ist Geist ohne seinen schöpferischen Widerpart, dem Willen zum Opfer, wodurch es ihm an Selbstachtung gebracht. Sie kleiden ihren Widerspruch gegen individuelle und gesellschaftliche Knechtung in Sätze, die sublim und vieldeutig gefeilt sind und gegebenenfalls die Rückzugslinie nicht verstopfen.

Für Eduard Spranger, den weltbekannten Gelehrten, ist das Wagnis noch kleiner als für andere. Er ist auf der Fahrt nach Tokio, wo er für längere Zeit die Leitung eines wissenschaftlichen Instituts übernimmt. Ihm steht die Welt offen, aber die Hürde des braunen Reiches will er nicht überspringen. Er will nichts »verlieren«, weder Lehrstuhl, noch Bibliothek, noch Reputation unter der herrschenden Schicht. Wenn er, wie er es in seinem Vortrag tat, den Geist als »Funke aus Gott im Menschen« bezeichnet, so hält er für seine Person von diesem Funken honorige Distanz: er ist für ihn privat unverbindlich.

So kommt man zuguterletzt doch noch zu einer Ehrenrettung der »Seele«. Ihr entströmt das unwägbare und angeborene Bekenntnis zur Freiheit im Bunde mit der persönlichen Einsatzbereitschaft. Professorenreden in Ehren. Aber die Hunderttausende von Kämpfern, die im Widerstand verharren und keine so leichten Fluchtweg wie die Männer von Geist, Wissenschaft und einigem Vermögen besitzen, sind der fruchtbarere Humus für die sittliche Vollendung des deutschen Geistes und der Wende der deutschen Geschichte.

Andreas Howald.

Einer, der aufrecht starb

Gerlachs Lebenserinnerungen

Im Sommer 1935 ist Hellmut von Gerlach gestorben. Nun, da sein nachgelassenes, von Emil Ludwig herausgegebenes Erinnerungsbuch »Von rechts nach links« im Züricher Europaverlag erschienen ist, ist es uns, als sei er noch einmal lebendig unter uns getreten. So unmittelbar wirkt dieses Buch. »Ce qui n'est pas clair, n'est pas français«, zitiert er an irgendeiner Stelle: »Was nicht klar ist, das ist nicht französisch.« Man könnte ebenso gut sagen: »Was nicht klar ist, kann nicht von Gerlach sein.« Hier ist jede Zeile ein klarer Gerlach: nicht »geistreich«, aber geschickt, nicht witzig, aber humorvoll, nicht sentimental, aber menschlich.

Gerlach stammte aus einer schlesischen, im Jahre 1840 geadelten Landwirtsfamilie. Aus einer agrarisch-junkerlichen Umgebung wuchs er über den Regierungsaussessor in die konservative Journalistik hinein. Ueber Stöcker und Naumann geht sein Weg von rechts nach links: vom Antisemiten zum Liberalen, vom Schwärmer für Heer und Flotte zum entschiedenen Pazifisten. Seine soziale Gesinnung bringt ihn in die Nähe der Sozialdemokratie. Es ist ein langer, schicksalsreicher Weg, der hier in einem prachtvoll ehrlichem, ungekünsteltem Stil mit plastischer Eindringlichkeit geschildert wird. Wer dieses lebendige Buch liest, lernt Deutschland besser kennen.

Manche alte Geschichte wird erzählt, die an die Gegenwart rührt. Man erlebt die Dramatik des Tivoli-Parteitages — des reaktionärsten Parteitages der Konservativen im

Jahre 1892 —, der doch nicht mehr dazu kam, ein neues Sozialistengesetz zu fordern, weil eine junge Opposition unter Gerlachs Führung dagegen Protest erhob. Zwei Jahre später scheitert ein Staatsstreichplan, der das allgemeine Reichstagswahlrecht beseitigen soll, an dem gleichen Widerstand. Auch die alten preußischen Konservativen waren dem Geist der Zeit entsprechend, »liberalistisch« angehaucht und nicht ganz frei von der Neigung, im politisch Andersdenkenden immer noch einen Menschen zu sehen. Auch für das schlimmste Scharfmachertum gab es auf dem Wege zur totalen Bestialität humanitäre Hemmungen.

Gerlach erklärte die Entwicklung, die er genommen hat, ausschließlich aus seinem Verstande. Er betrachtete sich selbst als einen kritischen Geist, der das Vernünftige sucht und es festhält, sobald er es gefunden hat. Eine ihn ehrende Schamhaftigkeit hinderte ihn, an sich selber zu erkennen, daß Politik eine Angelegenheit nicht nur des Verstandes, sondern auch des Charakters ist. Gerlach war nicht nur ein fanatischer Rationalist, er war auch eine eminent moralische Persönlichkeit, und sein politisches Ziel hatte er sich gestellt, wie es seiner gerechten und menschlichen Gesinnung entsprach. Es ist die Tragik seines Lebens, daß schließlich die Ungeister der Stöckerzeit, die er in seinem Innern besiegelt hatte, über ihn herfielen, ihn aus dem Lande jagten, und ihn mit ihrem stumpfsinnigen Haß und ihren schmutzigen Verleumdungen bis in das Exil verfolgten. Er trug dies alles tapfer und starb aufrecht,

ein freier Mann. Sein Buch aber, in dem er seine Befreiung von Vorurteil und Ständedünkel schildert, weist nicht nur in die Vergangenheit zurück, es grüßt auch in die Zukunft hinein. Sein Weg von rechts nach links, den er gegangen, wird sich eines Tages zur Heerstraße weiten, auf der ein befreites Volk marschieren wird. Für ihn konnte es nur ein Dornenweg sein. Schicksal und Ruhm des Pioniers!

F. St.

Brauner Kohl

»Die Hausfrauen werden nochmals darauf aufmerksam gemacht, in diesen Wochen, solange der Herbstkohl noch auf dem Markt ist, möglichst viele Kohlgereichte zu kochen, damit die reichen Mengen dieses gesunden Nahrungsmittels nicht verderben, sondern für die Ernährung nutzbar gemacht werden.«

(»Kölnische Volkszeitung«, 6. 11. 1936.)

... Gar manche Mahlzeit in vier Wochen
Zu unserm eignen besten Wohl,
So herrlich schmackhaft uns zu kochen
Von unserm guten deutschen Kohl!

Ich denk, wir machen's wie die Hasen
Und essen fortan Kohl zu Hauf,
Weil wir es in der Zeitung lasen:
»Nutz' jetzt den bill'gen Kohlverkauf!«

(»Preußische Zeitung«, 6. 11. 1936.)

»Eine große Verantwortung liegt auf euren Schultern.« Mit diesen Worten leitete Ministerpräsident Generaloberst Göring während seiner großen Rede im Sportpalast seinen Appell an die Hausfrauen ein, mitzuhelfen im gemeinsamen Kampf gegen hier und da auftretende Knappheit einzelner Lebensmittel.

Die deutsche Hausfrau ist sich dieser Verantwortung voll bewußt. Sie weiß, daß in erster Linie die Speisen auf den Tisch gehören, die jahreszeitlich bedingt sind. Deswegen bringt sie in diesen Wochen mit ihrem überreichen Segen an deutschem Herbstkohl lieber ein Kohlgerecht zuviel als zu wenig.

(»Deutsche Allgemeine Zeitung«, 8. 11. 1936.)

»An der Ecke der Knobelsdorff- und Schloßstraße steht der Mann, der Alt-Charlottenburg wiegt. Man klettert auf selbe Waage, trauert einigen Pfunden nach, die auf unerklärliche Weise verlorengegangen sind, und bezahlt für die Kunde seinen Sechser.

»Det is man nich so schlimm, junger Mann«, tröstet der Wiegemeister, »det lüecht in die Jahreszeit, det Abnehmen.«

(»Der Westen«, Berlin, 6. 11. 1936.)

»In manchen Gemüsesorten waren die Anführer so stark, daß der Absatz nicht glatt vonstatten ging. So bleibt noch immer der Weißkohl zu wenig beachtet, obgleich die Ernte sehr reichlich ist; namentlich sollte die Hausfrau auf den weniger haltbaren Herbstkohl in Zukunft stärker zurückgreifen, um zu vermeiden, daß hier größere Mengen verlorengehen... Die Zufuhr von Rosenkohl ist in diesen Tagen vielfach äußerst umfangreich, so daß an einigen Stellen Schwierigkeiten in der Unterbringung eintreten. Bei den zahlreich vorhandenen Kohlsorten hat sich das Interesse für Grünkohl noch nicht verstärkt, so daß der Absatz auch hier nicht immer glatt verläuft.«

(Berliner Marktbericht vom 6. 11. 1936.)

Das zusätzliche Schaf

Auf einer Kundgebung der Deutschen Arbeitsfront in Königsberg verkündete der Leiter der Sozialabteilung des Gebietes I der HJ, Oberbannführer Hering, man werde künftig jedem BdM-Mädchen auf dem Lande auferlegen, daß es »zusätzlich ein Schaf aufziehe und 25 qm Flachs anbäue.« — Das ist zwar eine ganz sinnige Schäferidylle, aber die deutschen Fleischer würden es wohl mehr begrüßen, wenn beispielsweise jedes Reichstagsmitglied oder jeder Gau-, Untergau-, Bann-, Unterbann-, Oberschar-, Schar- und Unterscharführer ein zusätzliches Rindvieh neben sich aufwachsen ließe.

Krieg unter dem Meer

Konstruktion und Taktik der deutschen Unterseeboot-Waffe

Seit einigen Jahren ist Großbritannien und besonders seine Hauptstadt London, der Urquell aller Schauermärchen über die geheimnisvolle technische Überlegenheit neuer deutscher Kriegsmaschinen. Dabei ist zu verfolgen, wie diese Meldungen alle aus regierungsinspirierten Quellen stammen und zum Teil direkt von Regierungsblättern gebracht werden. Diese Tatsache zeigt, daß damit von bestimmten englischen Stellen ein durchaus realer Zweck verfolgt wurde. Man wollte in der englischen Öffentlichkeit die Stimmung für das neue Aufrüstungstempo vorbereiten.

Leider hat in der ersten Zeit die geheimnisvolle und dezentralisierte Art dieser Pressebearbeitung, Beeinflusste nicht zuerst im Volk, sondern unter den Regierungsmitgliedern selbst gefunden. Nur so ist die Panikstimmung zu verstehen, die einige Jahre in gewissen englischen Regierungskreisen herrschte und die zu einer Reihe pathologischer Rüstungsabkommen mit Deutschland, unter anderem zu der sonderbaren Abmachung über die Unterseeboottonnage führte.

Unterdessen sind einige Monate entscheidender Aufrüstungspraxis für England verstrichen und es hat sich inzwischen bei den Diplomaten die Erkenntnis durchgesetzt, daß man auch in Deutschland die Motoren nicht mit Wasser, sondern nur mit Benzin und Schweröl antreiben kann.

So neu ist aber diese Weisheit bei gewissen Männern, die in England Politik machen, daß sie glauben, der Öffentlichkeit gegenüber müsse man weiter Rüstungsallotriem treiben. Man müsse weiter mit halben Andeutungen und geheimnisvollen Wendungen Panik vor der überlegenen deutschen Kriegstechnik erzeugen, um die richtige Stimmung für die eigene Aufrüstung zu bekommen. Hier muß laut und deutlich gesagt werden: Nun Schluß mit diesem Schwindel! Diese Märchen dienen nicht der notwendigen Aufrüstung der Mächte der Friedensfront. Sie treiben höchstens die kleinen Staaten in die Arme des durch diese Propaganda glorifizierten Hitler-Reiches.

Die neueste dieser Schauergeschichten berichtet von deutschen Unterseebooten, die aus Seewasser Gas erzeugen und von diesem Treibstoff getrieben über und unter dem Meere dahinfliegen. Was sich ein Laie aus den dunklen Wendungen des — über die Sache berichtenden — Londoner »Daily Telegraph« herauspflückt, das zeigt ein am besten in einer Prager Zeitung erschienenen Auszug.

Neuer deutscher Ersatzstoff — »Zerlegtes« Wasser als Brennstoff. Wie der Londoner »Daily Telegraph« nach Informationen von wohlinformierten Fachleuten meldet, sind die U-Boote neuerdings mit einem neuen Motor versehen worden, der als Brennstoff zerlegtes Wasser verwendet. Damit ist die Notwendigkeit für das U-Boot, große Mengen Benzin mitzuführen, wodurch selbstverständlich der Aktionsradius des U-Bootes sehr beschränkt war, fortgefallen. Nun wird der Brennstoff auf

der Stelle, aus dem Seewasser, gewonnen. Das Seewasser wird durch einen kleinen Apparat zersplittert und dann auf elektrolytischen Wege in seine beiden Bestandteile, Wasserstoff und Sauerstoff, zerlegt. Durch die Mischung dieser beiden Stoffe entsteht ein Gas, das eine außerordentlich hohe Explosivkraft besitzt. Die Versuche damit sind schon längst gemacht worden, aber bis jetzt konnte man die technischen Schwierigkeiten nicht überwinden. Nunmehr ist es den deutschen Ingenieuren gelungen, das Problem zu lösen. Das Organ des englischen Außenministeriums, »Daily Telegraph«, glaubt, daß die Einführung des »Wassermotors« in der deutschen U-Boot-Flotte eine außerordentliche Gefahr für die britische Seeherrschaft bedeute. Man sollte nicht vergessen, daß während des letzten Krieges die damaligen deutschen U-Boote, die einen ziemlich geringen Aktionsradius hatten, mehr als 2000 englische Handelsschiffe und 350 britische Kriegsschiffe versenkt haben. Das neue deutsche U-Boot habe aber tatsächlich einen unbeschränkten Aktionsradius, wodurch diese Waffe noch bedeutend gefährlicher wird.

Der letzte Satz der Notiz ist symptomatisch für eine gewisse Art technischer Grauelpropaganda. Früher, in normalen Zeiten, zog man Schlußfolgerungen anders. Man konnte oft feststellen, daß eine Erfindung theoretisch denkbar war, ihre Ausführung praktisch aber auf Schwierigkeiten stieß. Heute dagegen meldet man kühn: Theoretisch zwar nicht denkbar, aber praktisch funktionierend!

Theoretisch ist es undenkbar, daß man ohne Kraft aus Asche neue Kohle erzeugt und diese verbrennt. Ebenso kann man unmöglich aus verbranntem Wasserstoffgas — aus Wasser — ohne Kraft das Gas neu erzeugen und wieder in Motoren verbrennen. Woher soll aber dann der unbeschränkte Reiseradius der neuen deutschen U-Boote kommen? Ist deshalb alles an der Meldung Schwindel?

Auch diese Meldung hat, wie sich bei neunzig Prozent aller kriegstechnischen Grauelmeldungen zeigt, einen wahren Kern. Es ist der deutschen Marine gelungen, die für sie arbeitende Rüstungsindustrie besonders auf dem Spezialgebiet des Unterseebootbaus zu intensiver Forschungsarbeit zu zwingen und die Lieferung entscheidend verbesserter U-Boote zu erreichen. Daß den Deutschen dieser Vorsprung gegenüber England gelang und daß Großbritannien — wie der Marine-Mitarbeiter des »Daily Telegraph«, Hector C. Bywater andeutet — glaubt, zur Über seinen Spionagedienst diesen Rückstand aufholen zu können, das stimmt nachdenklich. Anzeichen ist ein bestechlicher Herrschaftsapparat, wie der des Dritten Reiches, den nationalen Belangen auf dem Gebiete des Rüstungsfortschritts zuträglicher, als das verwandte und verschwägerte Interessengeflecht zwischen der englischen Regierungsmaschinerie und den privaten Rüstungskonzernen.

Im deutschen Unterseebootbau war man schon zur Zeit der Weimarer Republik am Werk, durch entscheidende Verbesserungen die

schwerfälligen Akkumulatoren-Batterien im U-Boot'entbehrlich zu machen.

Die Reichsmarine hatte bereits vor dem Weltkrieg die Petroleum-Motoren ihrer Unterseeboote durch Dieselmotoren ersetzt und dadurch den Aktionsradius gesteigert. Bei der Ueberwasserfahrt trieben diese Dieselmotoren zugleich die als Dynamos arbeitenden Elektromotoren, um den elektrischen Strom für die Unterwasserfahrt zu erzeugen, der dann in den schweren Akkumulatoren-Batterien aufgespeichert wurde. Zur Unterwasserfahrt wurden die Frischluft verbrauchenden und giftigen Abgase erzeugenden Dieselmotoren abgestellt. Die elektrischen Maschinen begannen im umgekehrten Sinne, als Elektromotoren zu arbeiten, indem sie Strom aus den Batterien nahmen und die Kraft für die Tauchfahrt erzeugten. Diese schwerfällige — und durch die Dämpfe aus den Schwefelsäurebädern der Akku-Batterien auch gefährliche — Umformerapparatur wird in dieser Form heute noch für alle Unterseeboote der Weltmächte verwendet.

Obwohl dem Deutschen Reich durch den Vertrag von Versailles der Bau und die Verwendung von Unterseebooten aller Typen verboten worden war, blieb dafür ein starkes theoretisches Interesse. Diese platonische Beschäftigung hatte aber bis Ende des Jahres 1932 zu sehr positiven Ergebnissen geführt.

Bei Dieselmotorenantrieb konnte man daran denken, statt der schweren Akkumulatoren eine gleich schwere Menge Preßluft in das Unterseeboot zu laden, um dann bei der Tauchfahrt die Verbrennungsmotoren, statt mit Frischluft, mit Preßluft zu versorgen. Diese Lösung scheitert aber an den ausgestoßenen Abgasen. Diese würden als blasiger Schaum den Fahrtweg des U-Bootes auf die Meeresoberfläche zeichnen.

Für diese Schwierigkeit fand man schließlich einen einfachen Ausweg. Den gasförmigen Verbrennungsrückständen der Motoren teilte man — nachdem man aus ihnen durch einen Waschprozeß vor allem die Kohlenäure entfernt hatte — dieselbe Aufgabe zu, die der Stickstoff in der Luft spielt. Sie mußten den chemisch unbettingten Füllstoff darstellen. Durch Zusatz von reinem Sauerstoff erhielt man dann ein Gemisch, das denselben Dienst wie Frischluft tat.

Man konnte nun die Dieselmotoren in einem Kreisprozeß arbeiten lassen, der die Außenwelt weder zur Aufnahme von Frischluft, noch zur Abgabe der Verbrennungsrückstände brauchte. Was die Motoren hinten ausstießen, das wurde ihnen mit Sauerstoffzusatz vorne wieder eingeblasen. Bei dieser Art von Unterseebooten mußten immer noch Sauerstoffvorräte mitgeführt werden. Deshalb hat man sich im Dritten Reich mit dieser Lösung nicht begnügt.

Professor Lawaczek in München hatte für die Speicherung von Kraft einen neuen Weg

vorgeschlagen. Motoren sollten über Dynamos elektrischen Strom erzeugen und dieser Strom sollte zur Zersetzung von Wasser verwendet werden. Man konnte so auf dem Wege der Elektrolyse ein aufspeicherbares Gasgemisch aus Wasserstoff und Sauerstoff herstellen. Dieses hochexplosible Gas kann jederzeit in Explosionsmotoren verbrannt werden. Die Auspuffgase bestehen hier dann aus Dämpfen — in U-Booten hochwillkommenen — reinen Wassers.

Die Idee Lawaczeks, die für den friedlichen Zweck der Energiespeicherung an Wasserkraftwerken gedacht war, wurde schließlich bei der Neukonstruktion von U-Booten verwendet. Dieselmotoren erzeugen jetzt bei der Ueberwasserfahrt über einen Dynamo zusätzlich elektrische Kraft. Diese wird sofort über einen Hochdruck-Elektrolyser zur Herstellung eines Wasserstoff-Sauerstoff-Gemisches aus dem Meerwasser verwendet. Es ist selbstverständlich, daß durch den Wegfall der schweren Akku-Batterien der Laderaum für Schweröl — dem Treibstoff für die Ueberwasserfahrt und dem Kraftstoff zur Erzeugung des Gasgemisches zur Unterwasserfahrt — beträchtlich vergrößert und dadurch der Aktionsradius auch kleiner U-Boote gewaltig gesteigert werden kann.

Dieser Vorteil der deutschen U-Boot-Technik, den phantastische Übertreibungen nur verwaschen, wird durch taktische Maßnahmen der deutschen Kriegsmarine verstärkt.

Unter den Balkenüberschriften »U-Boote erledigt« — Strahlen vernichten sie von weitem« brachten im Frühjahr 1936 die Zeitungen einer Reutermeldung über eine neue Methode der englischen U-Boot-Abwehr. Jedes U-Boot sollte von nun an verloren sein, wenn es sich auf Torpedierungsentfernung einem englischen Kriegsschiff näherte.

In Wahrheit bringt dieses neue Prinzip durchaus nichts Furchtbares für die deutschen U-Boote. Es handelt sich um ein System von Ultraschallwellen. Diese Wellen werden von den Kreuzern in das Wasser geschickt. Treffen sie auf ein U-Boot, dann kehren sie zurück und man kann aus den Reflektionswinkeln den Standort des U-Bootes feststellen. Da die deutschen U-Boote aber dieselbe Einrichtung besitzen — die Atlaswerke in Bremen erzeugen sie — wird das Ganze zu einem Duell zwischen dem Dünnen und dem Dicken. Es ist nicht zu verkennen, daß die größeren Treffermöglichkeiten am Dicken liegen. Rücken aber gegen einen Panzerkreuzer eine ganze Schar kleinster U-Boote in einem Halbkreis an, so ist für diesen die Meßmethode illusorisch geworden, während die U-Boote eine schriftliche Treffergarantie geben können.

Diese Entwicklung hat England in selbstmörderischer Weise unterstützt. Es hat mit Deutschland gemeinsam den Versailler Vertrag gebrochen und dazu noch ein U-Bootabkommen nicht auf die Stückzahl, sondern auf die Gesamttonnage abgeschlossen. Die Seemacht Großbritannien hat der Landmacht Deutschland Fünfundvierzig Prozent seiner U-Boot-Tonnage zugestanden. Da Deutschland Serien von Zwergunterseebooten mit

Vom gefährlichen Leben

Jetzt haben sie euch das »gefährliche Leben«, von dem sie so schwärmten, zu kosten gegeben.

Für sie wars ein Schlagwort, ein Zeitvertreib, ihr spürt es am eigenen, mageren Leib.

Kein Fleisch, keine Eier, Kanonen statt Butter, den Bauern kein Vieh, und den Tieren kein Futter, die Preise gesteigert, die Löhne gesenkt, den Goldstrom in wenige Taschen gelenkt.

Das Recht mit Gewehren und Knüppeln erschlagen,

ein Flugzettel bringt dich, ein Wort um den Kragen.

Die Häcker gespenstern von Haus zu Haus und liefern ihr Jagdwild dem Henkersbeil aus.

Ob sie deine Kinder schon morgen ermorden und wann aus Europa ein Kirchhof geworden, das ist noch nicht sicher — doch eines steht fest:

sie hegen den Krieg wie die Ratten die Pest.

Schon üben die Tanks, daß die Berge erzittern, schon hagelt's Demarchen von Land zu Land, schon hat jedes Kind seinen Gasschutz zur Hand.

So lebt ihr gefährlich — den Herrn Diktatoren kränkt freilich kein Lufthauch die kostbaren Ohren,

sie liefern nur Zündstoff und Kampfgeschrei, wenn's losgeht — sie selbst sind bestimmt nicht dabel.

Ob Afrika, Spanien, der Erdball in Scherben — sie halten sich hinten, sie trifft kein Verderben.

Gefährlich lebt ihr nur, die ihr sie erträgt und sie nicht beizelten zum Teufel jagt.

Hugin.

Neue Romane

Höhepunkt und Sturz Napoleons III. schildert Alfred Neumanns Roman »Kaiserreiche« (Verlag Albert de Lange). Es ist die Fortsetzung des voraus gegangenen Buches vom »neuen Cäsare«, der sich durch Staatsstreich auf den Thron schwingt. In beiden Bänden entsteht das abenteuernde Dasein eines Napoleoniden, der unter dem Zwange des großen Namens aufwächst, von der Tradition vorwärts getrieben wird, die Krone nach der fehlgeschlagenen Revolution von 1848 mit List, Volksbetrug und Gewalt erobert. Aber logisch rollt das Rad weiter: Krieg mit Oesterreich, Krieg mit Deutschland, Pariser Kommune, Ende des zweiten Kaiserreichs. Zusammenbruch eines Gewaltregimes, das in einen »demokratischen Krieg« für Italiens Einheit und Freiheit schildert und sich dann in die »neue Idee«, in den Liberalismus zu retten sucht.

Während Neumanns erstes Napoleonbuch durch eine beinahe dramatische bewegte Handlung bestach, mündet dieses zweite leider in die ungeheuren Breiten einer Reportage des operettenhaften zweiten Empire. Glänzend im Stil, ein Kolossalgemälde zweier Jahrzehnte, im ganzen jedoch weder ein Roman, noch ein Geschichtsbild, das für den Laien überschaubar wäre.

Margarete Neumann hat jahrelang

in Sowjetrußland gelebt. In ihrem Roman »Und dennoch...« (Verlag Thum u. Co., Warnsdorf) steckt viel Gesehenes und Erlebtes. Das Buch erzählt von den Kämpfen der kommunistischen Opposition gegen Korruption und Aparatschik, für sozialistische Demokratie und Selbstkritik. Die Handlung spielt auch ins Dritte Reich hinein und zeigt die verblüffende Ähnlichkeit der Unterdrückungsmethoden hüben und drüben. Aber vom verschiedenartigen ökonomischen Hintergrund ganz abgesehen, drängt sich dem Leser ein gewaltiger Unterschied auf: in der Opposition der sowjetischen »Staatspartei« steckt Mut zur eigenen Meinung, Lerneifer, Gläubigkeit, selbständiges Denken, heroischer Opferwille für das sozialistisch-kommunistische Ideal, indes die Nazioten über geistfeindliches Mamelukentum und die Naziopposition über dumpfe, ziellose Mekkerei und kleinbürgerlichen Rasoniergeist nicht hinauskommen.

Man darf dieses Buch nicht mit literarischen Maßstäben messen, darf nicht mit der Sprache rechten, muß auf Gestaltung und einprägsame Gestalten verzichten. Es gibt Dialoge sowjetrußischer Menschen von heute und darum ein Zeitdokument, das zum Verstehen der gegenwärtigen kritischen Vorgänge im Sowjetsystem beiträgt.

Auf dem Pflaster schweizerischer Gassen gewachsen, ist der Roman »Die Brocken-gasse« von Peter Kilian (Verlag Oprecht, Zürich). Auch ein Buch von heute. Gassen ohne Licht, Lebenswege ohne Glauben und Ziel, Nöte ohne Ausweg, Hunger, Kälte, Mutlosigkeit — das sind die Grundfarben, auf denen sich ein Menschenschicksal abzeichnet, von den Schicksalen ringsum

kaum unterschieden. Manchmal scheint für den Helden des Buches, einen jungen Arbeitslosen, etwas Neues zu beginnen, manchmal scheint er zu begreifen, daß seine Not nur ein Teil der großen Not und des Kampfes unserer Zeit ist. Aber der Autor läßt es bei Andeutungen bewenden, zeigt hier eine sozialistische Demonstration, dort ein Stück sozialistischer Gemeinschaft, ohne den Leser recht wissen zu lassen, wo er, der Autor, eigentlich selbst steht und ob der Weg seines Helden zu den marschierenden Kolonnen oder von ihnen weg führt. Man muß es hinnehmen als einen Widerschein des Wirrwarrs, der heute in vielen jungen Menschen kreist. Ein Bild dieser Zeit — und kein ermutigendes. Aber gewiß eines, das mit unbarmherzigem Willen zur Wahrhaftigkeit gezeichnet ist. B. Br.

Bilderstürmerei

In der Nazipresse wird den Lesern klar gemacht, warum einige Abteilungen der Nationalgalerie geschlossen werden mußten: der braune Kunstfeldwebel hat so viele Werke beanstandet, daß keine mehr übrig blieben. Diese Achtung bekannter großer Kunst soll jetzt auch auf die Museen ausgedehnt werden. Rust hat dazu eine Rede gehalten, in der es orakelhaft heißt:

»Nicht der Zeitgeist ist das Entscheidende, und nicht die Mode ist das Lebendige, sondern die Sitte. Und nicht das Gegenwärtige ist das Lebendige, sondern das Ewige und Unvergängliche. Aus dieser Erkenntnis heraus habe ich vor einigen Tagen den Entschluß gefaßt, gewisse Erscheinungen einer vergangenen Periode zunächst einmal den Blicken zu entrücken, damit wir zu uns selber kommen.«

Wenn den Mann jemand fragen würde, was das Ewige ist und woran man heute

Maskerade

einer Wasserverdrängung von nur 250 Tonnen baut, stehen ihm nach dem Vertrag für eines der neuen englischen U-Boote von 1750 Tonnen, mehr als drei U-Boote von seinem Standard-Typ zu.

Vielleicht hängt es damit zusammen, daß die Engländer die deutsche Taktik aus dem kleinen Einmaleins endlich begreifen, wenn sie jetzt beschlossen haben ihr »X 1«, das neue große U-Boot der englischen Flotte, nach den Probefahrten zu verschrotten. Dieses 2425 Tonnen große Boot hat immerhin über eine Million Pfund gekostet. Aber es wäre das Lehrgeld wert, wenn die Verantwortlichen in England damit die Rückkehr ihres Verstandes bezahlt haben.

Die SA-Geographen

Kämpfer im »deutschen Gesamttraum«.

Auf dem deutschen Geographentag in Jena wurde, um dem Beispiel anderer Wissenschaften zu folgen, der Umbruch der Geographie proklamiert. Bisher war das einfach die Kunde von der Gestaltung der Erde, ein Fachgebiet des Wissens und Forschens, wobei es vor allem auf die Tatsachen ankam. Damit war der nationalsozialistischen Erneuerung, die bekanntlich die Welt und das innere und äußere Bild ihrer Erscheinungen von Grund auf verändern will, keineswegs Genüge getan. Wo blieb da die spezielle deutsche Mission, der totale Aspekt, die Ausrichtung auf Führer und Volk?

In welcher Weise hier fortan gründlich Wandel geschafft wird, verkündete in Jena Professor Dr. Knieriem aus Frankfurt an der Oder. Was ist, nach Knieriem, die Aufgabe der Geographie? Sie hat vor allem andern auf den »deutschen Gesamttraum« den Blick zu richten, nicht etwa auf gegenwärtige Grenzen. Sie darf in der deutschen Schule nicht mehr als Fach, sondern nur noch als »Grundsatz« erscheinen, im Einvernehmen mit dem Sachgebiet »Erdkunde« des nationalsozialistischen deutschen Lehrerbundes:

»Nicht nur auf Erkenntnisse und Wissenschaft kommt es dabei an, auch die Erlebnisse in der Landschaft und die damit verbundenen Gemütswerte sind zu pflegen. Neben gründlichen Kenntnissen hat auch dieser Erzieher, der Geograph, einwandfreie nationalsozialistische Gesinnung zu bestätigen. Es wirken hier mit der Schule und den nationalpolitischen Lehrgängen zusammen: HJ, Arbeitsdienst, Wehrmacht, SA, NSKK und »Kraft durch Freude«.

Es ist demnach ziemlich klar, was es bedeutet, wenn die Geographie nicht mehr Tatsachen, sondern den deutschen Raum berücksichtigen soll. Da gibt es noch viel zu erobern und in der deutschen Jugend »Gemütswerte« zu entzünden.

So durfte denn mit Stolz und mit Recht von Jena aus dem Führer telegraphiert werden: Auch die Reihen der SA-Geographen sind fest geschlossen.

»Das deutsche Volk ist wieder stolz und frei geworden« — das ist eine Lieblingsphrase der nationalsozialistischen Führer, und die ihnen auf Kommando zuhören müssen, ducken sich ängstlich, rufen Heil und denken sich ihr Schlechtestes. Werden sie nach der Kundgebung oder Versammlung oder Tagung von teilnahmsvollen Spionen gefragt, ob ihnen der Redner nicht allzu großmäulig erschienen sei, so antworten sie etwa: »Oh wieso — bitte sehr, ganz Ihrer Meinung — prächtiger Abend.« Der nationalsozialistischen Zeitschrift »Die Bewegung« geht dies traurige Spiel auf die Nerven, sie schimpft:

»Es gibt Menschen, die führen ein wahres Lager von Masken mit sich herum. Nicht etwa, daß sie sich begnügen

würden, einen falschen Bart oder eine Rie-sennase oder eine Perrücke umzuhängen oder aufzusetzen, sie verfügen über seelische Requisiten. Es ist ein widerlicher Menschentyp, der da nie sich als Ganzes fühlt, sondern dessen ganzes Leben sich in eine Fülle von Einzelwesen auflöst. Diese Menschen tun nichts ganz. Sie sind nicht zu fanatisieren, es sei, daß sie eine »Sparte für Fanatismus« in ihrer Requisitionskammer zur Verfügung haben. Es ist der Typ, den das Bürgertum großgerichtet hat, jener Typ, der den Begriff Objektivität unaufhörlich im Munde führt und vor lauter Objektivität sich völlig aufsplittert. Sicherlich haben diese Leute eine Meinung, aber diese Meinung beherrscht diesen Menschen nicht, sondern sie äußert sich auf das Zaghafteste irgendwie und -wann bei einem Spe-

zialgesicht. Wir kennen sie alle diese Menschen, die in ihren Gesprächen so offenkundig ihre mangelnde charakterliche Haltung äußern.«

Der Schreiber weiß natürlich ganz genau, daß niemand anders als der Nationalsozialismus diese Masken »großgerichtet« hat — unter Zuhilfenahme von Revolvern, Gummiknütteln, Dienstentlassungen, Bedrohungen, Erpressungen amtlicher und privater Art. Das Resultat ist so schändlich wie die Methoden. Die braunen Zeitungskulis aber sollten mit ihrer Verachtung vorsichtiger umgehen — denn wenn das deutsche Volk erst einmal die Maske abwirft, hat der Nationalsozialismus gründlich ausgespielt.

Sprung über die rassistische Mainlinie

Die Blutprobe der Wissenschaft.

Die Rassenlehre hat ein paar peinliche Nücken und Tücken, die ihren Anhängern erhebliche Sorgen bereiten. Es ist nämlich offenkundig, daß es in weiten Teilen West- und Süddeutschlands nahezu unmöglich ist, den blonden Normaltyp des Deutschen zu züchten. Nach den Güntherschen Rassetafeln haben sich hier vielfach dinarische Typen mit ostischem Einschlag, dunkelhaarig, braunäugig, häufig mit gekrümmter Nase und von gedrungener Gestalt, angesiedelt und drohen, ihre bedauernden biologischen Merkmale trotz aller Anstrengungen des rassepolitischen Amtes auf die kommende Generation zu vererben.

Da man diese Süddeutschen aus den genannten Gründen nicht gut aus der deutschen Volksgemeinschaft ausschließen kann — das würde Hitler, Heß und anderen gegenüber zu Konsequenzen führen —, so bleibt nichts anderes übrig, als streng »wissenschaftlich« feststellen zu lassen, daß es »keine rassistische Mainlinie« gibt. Das ist denn auch in feierlicher Proklamation soeben auf der Jahrestagung des Reichsbundes für deutsche Vorgeschichte in Ulm geschehen. Eine ganze Reihe von Professoren und Schriftgelehrten wurde aufgeboten, um, so heißt es in der deutschen Presse,

»das Vorurteil gegen eine »rassistische Minderwertigkeit« der Süddeutschen, deren nordische Blutgrundlagen angeblich nicht stark genug seien, zu beseitigen... Die wissenschaftliche Forschung hat vielmehr den Beweis erbracht, daß mehrfach starke Volksströme aus dem Norden nach Süddeutschland kamen und es besiedelten. Schon um 2500 v. Chr. drangen die ersten nordischen Scharen nach Süddeutschland vor und brachten das nordische Rechteckhaus mit. Um 2200 v. Chr. wurde dann das Indogermanenvolk der Schnurkeramiker herrschend.«

Damit dürfte die Ehre Süddeutschlands, trotz der mangelhaften Durchschlagskraft der

langschäftigen Nordlinge bei der Rassenvermischung der Volksströme, wiederhergestellt sein. Aber wie ist es mit den Preußen, die einige tausend Jahre später dazukamen? Waren nicht viele slawische Rundschädel darunter, die das Uebel noch vermehrten?

Wir wollen den Rassefaden nicht weiter fortsplinnen. Sonst läuft man Gefahr, Schnurkeramiker zu werden.

Der Bockmist

»Es ist an der Zeit, daß man den wildgewordenen Fahnenlyrikern und Flammendichterspezialisten auf die Finger sieht, daß man sich dieses rauschende Wortgeklänge einmal bei nüchternem Verstand besieht. Und wenn einer meint, das darf man doch nicht, das kann man doch nicht, so sei ihm gesagt, nur der Feigling drückt sich vor einer kulturpolitischen Verpflichtung. Die wirklichen Köpfer werden uns nur dankbar sein, wenn wir den Wortakrobaten und 120prozentigen einmal an den Kragen gehen.

Es geht einfach nicht mehr an, daß wir eine kulturelle Veranstaltung, nur weil sie von irgendeiner Parteistelle ausging, in den Himmel loben, obwohl wir überzeugt sind, daß es ein Bockmist war. Wir machen uns ja lächerlich und schaden mehr, als wir nützen mit dieser unehrlichen Kritik.«

(»Deutsche Presse«.)

Staatsfeind Nr. 1

Die Ufa bereitet den Krieg vor.

»Außer einem Programm an guten Unterhaltungsfilmen wird die Ufa sich auch im Kampf mit dem Weltfeind, dem Bolschewismus, betätigen. In sechs Filmen, unter diesem Leitwort »Staatsfeind Nr. 1« wird die große Auseinandersetzung mit dem Bolschewismus im Film vor sich gehen. Es wird ein dokumentarisches Filmwerk großen Ausmaßes sein und wird den Moskauer »Beglückern der Menschheit« die Maske vom Gesicht reißen. Der Film wird die Arbeits-

methoden und Tarnungen zeigen, deren sich der Bolschewismus, diese Geißel der Menschheit, bedient.« (»Preuß. Zeitung«.)

Kampf im Bett

Oder: Trommeln in der Nacht.

»Der Reichsbund der Kinderreichen ist kein Unterstützungsverein, sondern eine verschworene Gemeinschaft von Kämpfern für die Unsterblichkeit unseres Volkes...«

(Der Landesleiter des Bundes der Kinderreichen in Ostpreußen auf einer Tagung des BDK in Königsberg.)

Der Rasse-Gott

»Wenn man sich angemaßt hat, uns den Vorwurf der Gottlosigkeit zu machen, so haben wir es eigentlich gar nicht nötig, uns damit zu befassen, denn als andere sich in frommen Zirkeln »erbauten«, da schlugen sich unsere SA-Kameraden draußen auf der Straße mit den bolschewistischen Vertretern der Gottlosigkeit. Gott ist für uns das Höchste unserer Weltanschauung, auf Erden verkörpert in unserem Volk und unserer Rasse.«

(Reichsschulungsleiter Hannes Schneider auf einer Kundgebung sämtlicher Königsberger Fachschaften des Reichsbundes der Deutschen Beamten.)

Die Deportierten

»Die Reichsleitung des Arbeitsdienstes hat für den männlichen Arbeitsdienst bestimmt, daß, soweit der Dienstbetrieb es zuläßt, die Angehörigen über Weihnachten und Neujahr beurlaubt werden können, und zwar in zwei Gruppen. Die erste Gruppe hat vom 19. bis 27. Dezember, die zweite vom 27. Dezember bis 3. Januar 1937 Festtagsurlaub, so daß jeweils die Hälfte der Belegschaft das Weihnachtsfest und den Neujahrstag im Lager verbringt. Die Urlaubszeit kann um einen Ab- und Anreisetag verlängert werden bei verheirateten Führern, die ihre Familien besuchen und bei Arbeitsmännern, die eine Wegstrecke von über 30 Kilometer haben.«

schon das Unvergängliche erkennt, käme er aus dem Stammeln nicht heraus. Das fühlen die nur Gleichgeschalteten recht gut und darum behelfen sie sich mit gewundenen Kommentaren. Wir zitieren den »Westen«:

»Daß dabei eine Problematik im Spiele ist, die hier mit wenigen Sätzen nicht gekennzeichnet werden kann, ist dem Minister wie jedem Kunstkenner bewußt. Er hat auch in seiner Rede von jeder mehr oder minder subjektiven Kritik abgesehen und läßt erkennen, daß es sich hier nicht um Maßnahmen handelt, die vom Ausland als Bilderstürmerei ausgelegt werden könnten.«

Ja, und man hatte trotz Drängens der braunen Kunstpleiße bis zur Olympiade auch gezögert, weitberühmte Werke auf den Index zu setzen und ganze Galerien zu schließen, aber der Feldwebel hat schließlich geiegt und Rust wird die Pechstein, Franz Marc, Barlach, Feininger, Käthe Kollwitz und wen sonst noch zunächst einmal »den Blicken entrücken, damit wir zu uns selbst kommen...« So stark wirkt diese falsche Kunst, daß ihr bloßer Anblick den ganzen Aufbau des tausendjährigen Reiches stört. Wie dagegen wirkliche, garantiert neue Kunst entsteht, hat jüngst eine Ausstellung in Frankfurt a. M. bewiesen. Die »Köln. Volkszeitung« berichtet darüber:

»Bei dem Zustandekommen der Ausstellung ist die Reichskammer erstmalig neue Wege gegangen. Um zu einer wirklichen Leistungsschau zu kommen, wurde den Künstlern des Gau Hesse-Nassau die Aufgabe gestellt, die Leistungen des nationalsozialistischen Staates auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens künstlerisch zu gestalten; es wurden Anregungen gegeben zu Motiven aus den Gebieten: Partei, Wehrmacht, Stadt und Land, Wirtschaft, Verkehr und Technik, Bauerntum und Sport. Diese Begrenzung der künstlerischen Aufgabe

bestimmt das Bild der Ausstellung. Wie kaum anders zu erwarten war, sind zahlreiche Bilder zu sehr zweckbestimmt. Nur einige wenige genügen der erforderlichen künstlerischen Verpflichtung.«

Hier wurden den Künstlern endlich einmal klare Parolen frisch aus den Parteisekretariaten geliefert, und wenn das Ergebnis laut Bericht trotzdem recht ungenügend war, so liegt das daran, daß die braunen Anregungen immer noch nicht konkret genug ausfielen. Wir vermissen unter den angegebenen Motiven: das Parteibuch, die Mitgliedsnummer, die Beitragsmarke, die gradlinige Schönheit einer Parteikartothek, das neue Bonzenauto, der 30. Juni, eine Fahrt mit KdF, Görings Uniformen, Sonntag im KZ — kurz, die großen Motive liegen nur so umher, man muß sie den begriffsstützigen Künstlern eben noch mehr ins Maul schmie- ren. Wahre Kunst kann bekanntlich nur nach gebundenen Parolen marschieren, und nur so entsteht eine Kunst, wie sie die Welt noch nicht erlebt hat.

Der neue Liberalismus

Groß, Sauerbruch und die Ansager.

Auf der Dresdner Tagung der deutschen Naturforscher und Aerzte hat Prof. Sauerbruch die Freiheit der wissenschaftlichen Forschung gefordert. Das Echo im Auslande war so, daß Dr. Groß, Leiter des Rassenamtes der NSDAP, in der Nazipresse jenen »böswilligen Auslandskritikern« antwortet, die »einige Unklarheiten der Sauerbruchschen Rede mißbraucht« hätten. Was habe Sauerbruch gesagt? Er habe erklärt:

»daß Weltanschauung nur das Ergebnis eines langen arbeitsreichen Lebens sein könne und daß deshalb insbesondere die Jugend nicht Weltanschauungen haben

könne, sondern arbeiten müsse, um sich dereinst einmal eine zu erwerben. In dieser Form widerspreche der Satz den Grundlagen nationalsozialistischer Erziehungsarbeit. Offensichtlich habe er nicht gemeint, was politisch und nationalsozialistisch als Weltanschauung gelte, sondern eher jene persönliche Reifung und Lebenserfahrung, die nicht zu erlernen und durch Reden zu vermitteln sei.«

Die Nazipresse muß also zugeben, daß Hitlers Leibarzt über Wissenschaft und Weltanschauung »offensichtlich« anders geredet hat, als ein Patient. Aber, meint Rasse-Groß, ist das nicht ein Beweis —

...ein schlagender Beweis für die Freiheit geistigen Lebens in Deutschland und damit für die innere Größe und Sicherheit des nationalsozialistischen Staates, der es nicht nötig hat, Reden zu zensieren und ängstlich Wendungen festzulegen.«

Vorsicht, Herr Groß, sie werden zu liberalistisch! Während die bösen Auslandskritiker nur zu fragen brauchen, ob im Dritten Reich bisher keine Wissenschaftler wegen ihrer Meinung gemäßregelt wurden, ob die Naziprofessoren nicht den Satz verkündet haben: »Die Wissenschaft hat dem Staate zu dienen« — und wo Sauerbruch heute säße, wenn er nicht mit Hitlers Kehlkopf zu tun hätte!

Und die innere Größe der braunen Despotie, die kleinliche Zensur längst nicht mehr nötig hat, kann heute jeder Conférencier der behördlich geschlossenen Kabarets bestätigen. Damit auch solche kleine Eingriffe künftig aufhören, wurden die freien Artisten-Organisationen zerstört und wurde dafür kürzlich die »Reichsfachschaft Artistik« gegründet, der jeder Artist angehören muß und die gleich die politische Ueberwachung ihrer Mitglieder übernommen

hat. Ihre braunen Leiter melden der Öffentlichkeit:

»Die Fachschaft hat einen umfassenden Ueberwachungsdiens für alle Betriebe eingerichtet, um über alle Darbietungen ihrer Mitglieder sofort unterrichtet zu sein und, wenn diese etwa den künstlerischen oder weltanschaulichen Anforderungen nicht entsprechen, um berechtigt einzugreifen... Ihre besondere Sorge gilt der Schaffung eines neuen Kabarettstils und der Tätigkeit der Ansager... Sie gibt den Ansagern die Möglichkeit, ihre Manuskripte zur Begutachtung einzusenden... Dabei setzt sie dem Ansager selbst etwaige schief liegende Dinge in seiner geplanten Conference nicht etwa auf ein Schuldkonto, sondern klärt ihn beratend darüber auf, warum die betreffenden Stellen nicht tragbar sind...«

Witzige Improvisationen haben aufgehört, Zwischenrufe des Publikums sind an das Büro der Fachschaft zu verweisen. Gleichzeitig wird eine artistische »Standesordnung« angekündigt, in der eine »besondere Prüfung der Ansager vorgesehene« ist. Wer die vorschriftsmäßige Gesinnung nicht nachweisen kann, der fliegt. So wird endlich die »Krise des Humors« behoben.

Rassen-Groß hat recht: Die Freiheit des geistigen Lebens im Dritten Reich ist unbestreitbar, ist geordnet bis zur letzten Variété-Nummer und jeder kann in Deutschland frei heraus reden, was der Zensur paßt.

Richtige Auffassung

In der Schule wird Hitlers letzte Rede besprochen. Der Lehrer trägt vor: »Unser Führer hat erklärt, Deutschland wolle mit aller Welt in Frieden und Freundschaft leben. — Krause, gegen welche Staaten richtet sich das?« M.

Fünf brutale Lohndekrete

Erster Schlag gegen die Facharbeiter — Zwangsbewirtschaftung der Arbeitskraft

Der Vizediktator des Dritten Reiches hat sich nicht lange bei der Vorrede aufgehalten. Göring hat am 7. November losgeschossen. Der Vierjahresplan soll »zur Tat« werden. Das erste Bündel von Anordnungen wird wesentlich zur Beruhigung der Unternehmer beitragen. »Die außergewöhnlichen Mittel«, »die Lenkung der wirtschaftlichen Kräfte«, die »automatische Steuerung« und was es sonst an »planwirtschaftlicher Erneuerung« gibt, sollen weder die Freiheit des Unternehmers in seiner Verfügungsgewalt über Produktionsmittel und Arbeitskraft beschränken, noch brauchen die Aktionäre um ihre Profit-Freiheit besorgt zu sein. Die Göringschen Anordnungen — sechs an der Zahl — haben nur den einen Zweck, die für den Krieg erforderliche Reservearmee an Facharbeitern zu schaffen. Man kann jetzt erkennen, so beruhigt die »Frankfurter Zeitung« vom 11. November die Herren Betriebsführer,

»daß die unvermeidlichen Eingriffe sorgfältig und mit behutsamer Hand vorgenommen werden sollen, daß man soweit als möglich die Freiwilligkeit und die eigene Initiative der Unternehmer zur Geltung bringen und die Verhältnisse des einzelnen Betriebes berücksichtigen will.«

Gleichzeitig klärt die »Deutsche Arbeits-Korrespondenz« aber die Arbeiter und Angestellten auf, daß die sechs Anordnungen

»sämtlich die Beseitigung der in letzter Zeit aufgetretenen Spannungen im Arbeitseinsatz zum Ziele haben.«

Die »Spannungen« sind an dieser Stelle mehrfach eingehend erörtert worden, es geht um die Lohnentwicklung bei den Facharbeitern in der Kriegswirtschaft, die durch fünf brutale Lohndekrete ein für allemal abgestoppt werden soll. Diese »Planung der Arbeit« wird durch einige warme Worte »für die älteren Angestellten« sozialpolitisch bemäntelt.

Die 1. Verordnung soll durch vermehrte Lehrlingsausbildung dem Mangel an Facharbeitern abhelfen. Die Betriebe haben bis zum 15. Januar 1937 die Zahl der bei ihnen beschäftigten und der zu Ostern einzustellenden Lehrlinge zu melden. Das Arbeitsamt kann dann die Lehrlingszahl bestimmen. Die Betriebe können sich jedoch durch eine Geldablösung von der Lehrlingsausbildung loskaufen. Ueber den sozialen Jugendschutz dieser Lehrlinge sagt die Anordnung kein Wort. Gegen die Lehrlingsausbeutung bedarf es innerhalb des Vierjahresplanes keiner gesetzlichen Schranken, weil, wie die DAK ausführt, hinter dem Beauftragten des Vierjahresplanes

»das ganze Volk steht und deshalb die Bereitschaft zur freiwilligen Mitarbeit aller Beteiligten ohne weiteres vorausgesetzt werden kann.«

Im übrigen hat man zur Leitung der Berufserziehung den Macher des früheren Dinta, des bekannten schwerindustriellen, gelben Instituts für Wirtschaftsfrieden, Herrn Dr. Arnold, berufen. Seine Erziehungsmethoden knüpfen an bestimmte Grundmaterialien an. Verschiedene Betriebe haben bereits den Lehrgang »Eisen erzieht« eingeführt; Arnold lehrt:

»Die Arbeit am Eisen festigt den Charakter, sie diszipliniert den Menschen.«

Eiserne Lehrlinge bedürfen selbstverständlich keines schwächlichen Arbeitsschutzes für Jugendliche.

Die 2. Verordnung ist für Göring die entscheidende,

sie hebt jede Bewegungsfreiheit der Facharbeiter in der Eisen- und Metallindustrie sowie in der Bauwirtschaft auf.

Ab 1. Dezember 1936 bedürfen Neueinstellungen, soweit sie innerhalb eines Vierteljahres die Zahl von 10 überschreiten, der Genehmigung des Arbeitsamtes, das nach »staatspolitischen«, d. h. kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten entscheidet.

Zur Ergänzung besagt die 3. Verordnung, daß die noch in anderen gewerblichen Unternehmungen beschäftigten gelernten Bau- und Metallarbeiter dem Arbeitsamt gleichfalls »zur entsprechenden Verwendung« gemeldet werden müssen. Die »Versetzung« in einen Kriegsbetrieb erfolgt durch das Amt ohne Kündigung.

Diese beiden Verordnungen bedeuten in Verbindung mit der für den Betrieb bestehenden Verpflichtung, alle bei ihm tätigen Facharbeiter und Lehrlinge zu melden, eine restlose Registrierung der Arbeitsarmee durch das Arbeitsamt. Mit Recht schreibt die »Frankfurter Zeitung«: »Das Arbeitsbuch, das im vergangenen Jahr als Grundlage für eine Regulierung des Arbeitseinsatzes eingeführt worden ist, erlangt nun erstmals große Bedeutung.«

Die Anlegung der Facharbeiter-Stammrolle wäre somit zum 1. De-

zember 1936 angeordnet, die Rüstungsbetriebe brauchen sich bei Ausbruch des nächsten Krieges nicht mehr um die Reklamierung ihrer Arbeiter zu bemühen. Die Arbeitskommandos sind eingeteilt. Reichskriegsministerium und Reichsanstalt für »Arbeitsvermittlung« brauchen nur auf den Knopf zu drücken.

Präsident Syrup gab zu allem Ueberfluß für diese Anordnungen am 9. November noch eine Begründung, indem er ausführte:

»Es hat sich bei der Konjunktur der Metallindustrie gezeigt, daß die Unternehmer sich gegenseitig die Arbeiter wegengalgert hatten, und zwar meist mit dem Mittel der höheren Löhne.«

Der Beauftragte für den Vierjahresplan hat auch das letzte Loch verstopft, indem er eine 4. Verordnung erlassen hat. Die anonyme Anwerbung von Facharbeitern durch Chiffre-Inserate ist verboten worden. Im Dritten Reich ist es zwar erlaubt, durch Chiffre-Inserate den freien Arbeitsmarkt der kaufmännischen Angestellten oder anderer Berufe, in denen keine Lohnkonjunktur besteht, zu ungunsten der Arbeitnehmer zu beschränken. Nur in dem einen Fall der Kriegs-Arbeitsangebote, bei denen Lohnerhöhungen zu erwarten sind, besteht das Verbot für Stellenanzeigen mit Kennwort.

Die 5. Verordnung bestimmt eine Meldepflicht für alle größeren Bauvorhaben, die einen bestimmten Lohnsummenanteil überschreiten. Die Genehmigung soll sicherstellen, daß die Bauten dem kriegswirtschaftlichen Zwecke dienen. Es gibt zwar im Dritten Reich eine Million Familien, die eine eigene Wohnung entbehren müssen, aber was schert die Verfechter der »Ehre der Arbeit« schließlich die Wohnungsmot der Arbeiter, die abseits der »Wehrhaftmachung« und des »Aufbaues einer heimischen Rohstoffwirtschaft« gelegen ist.

Schließlich bringt die 6. Verordnung ein soziales Pfändchen. Es soll bis zum 15. Januar 1937 an das Arbeitsamt gemeldet werden, inwieweit Betriebe mit mindestens 10 Angestellten auch ältere Angestellte beschäftigen, die mindestens 40 Jahre alt sind. Diese Anzeigepflicht ist aber nicht etwa mit einer Beschäftigungspflicht der älteren Angestellten verbunden.

»Ein Zwang auf die Unternehmer soll vermieden werden.« Man hat, so schreibt die »Frkf. Ztg.«, »bewußt davon abgesehen, eine strenge gesetzliche Regelung einzuführen, und statt dessen die Form von Anordnungen gewählt, die der Behörde größere Freiheit in der Berücksichtigung des Einzelfalles lassen.«

Die Not der älteren Angestellten ist bekanntlich keine Frage des Lebensalters, sondern ein ausgesprochenes Lohnproblem. Die jüngeren Arbeitskräfte sind billiger. Soweit das Arbeitsamt einen Unternehmer dazu anhält, gelegentlich auch ältere arbeitslose Angestellte wieder einzustellen, sind nach der Anordnung die Tarifbestimmungen des für den Neueinstellenden vom Unternehmer ausgewählten Arbeitsplatzes maßgebend. Er hat dabei keinen Anspruch, eine seiner früheren Beschäftigung entsprechende Tätigkeit zu erhalten. Im ganzen handelt es sich bei dieser Anordnung um keinerlei obligatorische Bestimmungen, sondern um einen Appell an die freiwillige Bereitschaft der Unternehmer. Die heute vorhandenen 100.000 stellenlosen älteren Angestellten brauchen also zunächst nicht zu befürchten, nach dem 15. Januar 1937 in ihre Berufstätigkeit zurückkehren zu können. Vielleicht werden sie nach den Richtlinien des »Arbeitseinsatzes« anderweitig »staatspolitisch« nützlich untergebracht.

Diese 6. Verordnung ist aber auch nur ein Propaganda-Anhängsel, um die wachsende Opposition der deutschen Arbeiterschaft mit Worten zu entkräften.

Entscheidend bleibt der große Schlag, den Göring gegen die Facharbeiter im Metall- und Bau-gewerbe führt, um diese Avantgarde der gesamten Arbeiterschaft in ihrem Widerstandswillen gegen Lohn-druck und Unfreiheit lahm zu legen.

Die sechs Anordnungen vom 7. November 1936 sind der Anfang für die Zwangsbewirtschaftung der gesamten Arbeitskräfte. Was den Rüstungsarbeitern heute rechtens ist, wird morgen schon den Landarbeitern und den Werkträgern der Lebensmittelgewerbe billig sein müssen. Die Mobilmachung der Arbeit hat eingesetzt. Je näher der Krieg rückt, um so mehr nähert sich die deutsche Arbeitsverfassung dem Kriegszustand. Am Tage der Kriegserklärung wird es im Dritten Reich nur noch Wehrsoldaten und Arbeitsoldaten geben. Die europäische Arbeiterbewegung aber möge aus den Lohndekretten für die Facharbeiter rechtzeitig erkennen, daß der Kampf gegen den Krieg vom unerbittlichen Kampf gegen den arbeiterfeindlichen Faschismus nicht zu trennen ist!

Göbbels, herhören!

Selbst die »alten Kämpfer« haben dich satt... »Es läßt sich nicht leugnen, die Verwendung der Worte liberal, liberali-

stisch, Liberalismus wird in steigendem Maße als phrasenhaft empfunden. Sie stehen in Gefahr, die Symbolkraft zu verlieren, mit der sie unserer jungen Sehnsucht in den Kampftagen das Wesen der feindlichen Gegenwart heraufbeschworen. Läßt man diese Entwicklung so fortgehen, könnte nur allzu leicht das Verblässen des Wortes auch das Wissen um den Gegner schwächen... Unsere Revolution brauchte ein solches Wort, das kurz und eindeutig die große Front der Reichsfeinde umreißt. Diese Wertung des Wortes wird aber geschädigt, wenn man, wie es nur allzu oft geschieht, die Mehrzahl der Reformbestrebungen eines ganzen Jahrhunderts deutscher Geschichte als Liberalismus abtut und somit die Kämpfe und Leiden mehrerer Generationen der Verdammung preisgibt.«

Damit wäre also Göbbels und sein ganzes Reichspropagandaministerium schon wieder aus der Mode. Und zwar verlangt es ein »alter Kämpfer«, nämlich der Friedrich Edding in »Wille und Macht«, Heft 18. Unser Beileid!

Sattwerden — »nur ganz allmählich!«

Ein Eingeständnis zum »Vierjahresplan«.

»Die Fettversorgung des deutschen Volkes ist noch in starkem Umfange von der Einfuhr abhängig. Deutschland kann aber auf dem Weltmarkt nicht mehr kaufen, als das Ausland ihm an deutschen Waren abnimmt. Deshalb ist in den letzten Wochen trotz der gesteigerten Erzeugung und gleichbleibender Einfuhr eine gewisse Fettknappheit eingetreten, weil beim Eintritt der kälteren Witterung der Fettbedarf erfahrungsgemäß immer ansteigt. Die Erzeugungsschlacht soll ja schließlich erreichen, daß die Selbstherzeugung an Fett einen weitaus größeren Teil des Verbrauchs deckt. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß der bisherige Verlauf der Erzeugungsschlacht auf dem Gebiete der Fettversorgung lehrt, daß dieses Ziel nur ganz allmählich erreicht werden kann.«

Zu lesen im letzten Heft der »Zeitschrift für ärztliche Fortbildung« mit dem Verlagsort Jena! Zu bedenken wäre freilich, ob das mit dem »Berücksichtigen« auch Leitern für die Politik der Hitler und Göring ist. Wir befürchten — es ist das deren Leitern leider nicht, so daß die Deutschen es noch lernen müssen — wie einst in großer Zeit — »nur ganz allmählich« endlich einmal wieder satt werden zu können.

Kanonbrot

In der Schulpause hört der Lehrer, wie ein Stöpsel zum andern sagt: »Jetzt eß ich mein Brot mit Kanone drauf.« Er läßt sich das Brot zeigen, es ist eine trockene Scheibe. Um Auskunft gefragt, erklärt der Junge: »Seit wa im Radio jehört ham, daß Kanonen stark machen, Butta aba dick, schneidt Mutta uns jeden Morjen 'ne Kanone aufs Brot.« — »So,« lacht der Lehrer, »wo ist denn die Kanone, ich seh nichts.« — »Ja, Herr Wunderlich, bei mir kommt imma jade det Loch auf de Stulle.« M.

Verlagsanstalt „Graphia“, Karlsbad

Aktuelle Bücher:

Julius Deutsch: „Putsch oder Revolution?“

Randbemerkungen über Strategie und Taktik im Bürgerkrieg.

»Ausgehend von den Februarereignissen und dem blutigen Sieg des klerikalen Faschismus in Oesterreich, stellt Julius Deutsch die gesamte Strategie und Taktik der europäischen Arbeiterbewegung zur Diskussion. Er zeigt an der Hand der sozialistischen Geschichte, was den bewußt marxistischen Sozialisten vom blanquistischen Putschismus und ähnlichen Lehren trennt, und er untersucht das Problem, welche Vorkehrungen die Arbeiterschaft für den Fall zu treffen hat, wenn das Bürgertum eines Landes, aus Angst vor dem demokratischen Sieg einer mächtigen Arbeiterschaft, den Boden der Demokratie verläßt. Diese Untersuchung ist von wichtigster internationaler Bedeutung.«

»Arbeiter-Zeitung«, Basel.

Preis in der CSR 8.— Kč, in Frankreich 6.— Frs., Schweiz 1.25 Fr., Holland —80 hfl.

Julius Deutsch: „Der Bürgerkrieg in Oesterreich.“

Eine Darstellung von Mitkämpfern und Augenzeugen.

Mit einer Umschlagszeichnung von Th. Th. Heine und 24 Seiten Illustrationen.

»Dr. Julius Deutsch, der erste Kriegsminister der Republik Oesterreich... beschränkt sich nicht auf die Darstellung der militärischen Ereignisse, er gibt auch ihre politische Vorgeschichte und damit ein großes zusammenfassendes Bild der geschichtlichen Ereignisse in Oesterreich von ihren Anfängen an bis zum blutigen Ende. Man lernt die kämpfenden, aber auch die besiegten Schutzbündler als wahre Helden kennen, die sich in jeder Lage mit Leidenschaft als Streiter für die Freiheit bekannten.«

»Prager Presse«.

Preis in der CSR 20.— Kč, in Frankreich 15.— Frs., Schweiz 3.— Fr., Holland 1.50 hfl.

LIEFERUNG DURCH JEDE BUCHHANDLUNG.

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«, alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. ZL 159.334/VII-1935. Printed in Czechoslovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien: Belg. Frs. 2.45 (29.50) Bulgarien Lew 8.— (96.—), Danzig Guild. 0.45 (5.40), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 0.40 (4.80), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad Prag 46.149, Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304, Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 194.797, Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad Zürich Nr. VIII 14.697, Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank Filiale Karlsbad Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029, Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.